

Biased

Antisemitismus-Monitoring in Deutschland auf dem Prüfstand

Ein Bericht über die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

Itay Mashiach

Der Autor: Itay Mashiach ist ein israelischer Journalist und Datenanalytiker. Als Korrespondent für die Tageszeitung *Yedioth Ahronoth* hat er viele Jahre in Berlin gelebt. Während der Recherche für diesen Bericht war er als freier Autor tätig. Heute lebt er wieder in Israel und arbeitet als Reporter für *Haaretz Magazine*.

Zusätzliche Recherche und Redaktion	Yossi Bartal
Redaktion	Natasha Roth-Rowland
Fact-Checking	Daniel Bernstein
Design	Cem Eskinazi mit Aora
Grafiken	Daniel Ziethen
Illustration	Activestills

Danksagung: Der Verfasser dankt allen Interviewpartner*innen, die sich die Zeit genommen haben, ihre Bedenken und Perspektiven mit ihm zu teilen.

|Diaspora)())//Alliance ist eine internationale Organisation, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus und seine Instrumentalisierung widmet und sich für die Prinzipien einer pluralen Demokratie einsetzt.

Disclaimer: Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen des Herausgebers sorgfältig zusammengetragen. Der Herausgeber kann nicht garantieren, dass die Informationen vollständig oder aktuell sind. Diese Veröffentlichung enthält Verweise auf die Webseiten von Dritten, deren Inhalte außerhalb der Verantwortung des Herausgebers liegen.

Biased:

Antisemitismus-Monitoring in Deutschland auf dem Prüfstand

Ein Bericht über die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

Anmerkung des Herausgebers	5
Zusammenfassung	7
Einleitung	9
1 Aufstieg einer Organisation	15
2 Mangelhafte Methoden	21
3 Daten ohne Details	30
4 Vorverurteilung in der Praxis	38
5 Negierte Narrative	44
6 Verfestigte Narrative	51
Fazit	57
Anhang	60

Anmerkung des Herausgebers

In den letzten Jahren ist weltweit ein intensiver Streit darüber entbrannt, wie man Antisemitismus definiert, insbesondere im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt. Der vorliegende Bericht, verfasst von dem israelischen Journalisten Itay Mashiach, untersucht diese Spannungen in Deutschland, indem er die Leitprinzipien und die Öffentlichkeitsarbeit der führenden Antisemitismus-Monitoring-Organisation, der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), genau unter die Lupe nimmt.

Die Ergebnisse des Berichts sind besorgniserregend: Die Statistiken und Publikationen von RIAS verweisen auf einen Bias zugunsten der Perspektive der israelischen Rechten, verstärkt durch undurchsichtige Methoden und ein umstrittenes Verständnis von Antisemitismus als ein ewiger und unnachgiebiger Hass. In Anbetracht der hohen Reputation, die RIAS genießt, haben der fehlerhafte Ansatz der Organisation und die daraus folgende alarmistische Berichterstattung erhebliche Auswirkungen, darunter die Stigmatisierung von migrantischen Communities, die Einschränkung politischer Meinungsäußerung und die Unterdrückung von aktivistischer Menschenrechtsarbeit – was immer wieder auch jüdische Personen und Israelis betrifft.

Die Arbeit an diesem Bericht, die umfangreiche, investigative Recherchen umfasst, wurde im September 2023 abgeschlossen und hätte kurze Zeit später veröffentlicht werden sollen. Das Massaker der Hamas an Zivilist*innen in Israel am 7. Oktober sowie die darauffolgende Bombardierung und umfassende Belagerung des Gazastreifens durch die israelische Armee haben zu einer spürbaren Zunahme feindseliger Handlungen gegenüber jüdischen Personen und Gemeinden geführt. So wurden in Berlin etwa ein Brandanschlag auf eine Synagoge verübt, ein Fenster eines jüdischen Krankenhauses eingeschlagen und Davidsterne auf mindestens zwei Wohnhäuser gesprüht, in denen jüdische Familien leben. Gleichzeitig dokumentieren Islamophobie-Monitoring-Stellen einen Anstieg von Hetze und Gewalt gegen muslimische und arabische Communities in Europa und Nordamerika.

Angesichts der verheerenden Entwicklungen, von denen alle am Produktionsprozess des folgenden Berichts beteiligten Personen persönlich betroffen waren, wurde das Veröffentlichungsdatum verschoben. Die Ergebnisse des Berichts bleiben jedoch so dringlich wie eh und je. Der Kampf gegen Antisemitismus erfordert Klarheit bei den Begriffen, Transparenz,

Besonnenheit und die Fähigkeit zur Unterscheidung zwischen fundamentalen Meinungsverschiedenheiten und tatsächlicher Diskriminierung.

Jüdische und muslimische Communities in ganz Deutschland leiden unter zunehmenden Spannungen und nachhallender Gewalt. Dies geht einher mit einer Verengung demokratischer Räume und einer triumphierenden autoritären Rechten, die sich anschickt, Spaltungen zwischen den Communities für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Es ist daher die Pflicht all derjenigen, denen das Wohlergehen und die Sicherheit aller Menschen am Herzen liegt, eine offene und ehrliche Debatte darüber zu führen, wie wir Hass und Diskriminierung dokumentieren und wie wir darüber berichten. Wir hoffen, mit diesem Bericht zu einer solchen Debatte beizutragen.

Diaspora Alliance, Mai 2024

Zusammenfassung

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) ist die wichtigste Anlaufstelle für Antisemitismus in Deutschland. Gestartet als kleines Projekt in Berlin im Jahr 2015, hat sich die überwiegend staatlich finanzierte Organisation zu einem bundesweiten Netzwerk entwickelt und Meldestellen in elf Bundesländern eingerichtet. Zu ihren Aufgaben gehört die Erhebung von Statistiken, die Veröffentlichung von Berichten, die Beratung von Politik und Zivilgesellschaft sowie die regelmäßige Kommentierung des Ausmaßes von Antisemitismus in Deutschland in nationalen sowie internationalen Medien. Eine gründliche öffentliche Untersuchung der Arbeit von RIAS hat bislang nicht stattgefunden.

Der vorliegende, umfassende Bericht des deutsch-israelischen Journalisten Itay Mashiach ist die erste kritische Analyse von RIAS und nimmt sowohl die Grundlagen ihrer Arbeitsweise als auch ihre Öffentlichkeitsarbeit genauer unter die Lupe. Hinsichtlich des wichtigen Anliegens, Antisemitismus in Deutschland zu dokumentieren, stellt der Bericht einen Mangel an Transparenz fest, wodurch infrage gestellt wird, ob RIAS überhaupt klare und nachvollziehbare Daten liefern kann. RIAS' Methodik verschleiert durchweg den Gesamtkontext der registrierten Vorfälle und klassifiziert diese pauschal als antisemitisch, auch auf Kosten anderer wahrscheinlicher Erklärungen. Dabei missbraucht RIAS Definitionen von Antisemitismus, die an sich schon umstritten sind und sich auf Äußerungen zum israelischen Staat konzentrieren.

Mit dieser Methodik ist RIAS zu verblüffenden Schlussfolgerungen gelangt. So kategorisiert RIAS etwa, Anti-Besatzungs-Demonstrationen pensionierter Friedensaktivist*innen, eine Theateraufführung über jüdisch-arabische Beziehungen und sogar die Rede eines der bekanntesten Historiker Israels über die Lehren aus dem Holocaust als antisemitische Vorfälle.

Ein Großteil der Arbeit von RIAS konzentriert sich auf die Delegitimierung pro-palästinensischen Engagements und die Verunglimpfung von Merkmalen palästinensischer Identität. Der vorliegende Bericht zeigt auf überzeugende Weise, dass praktisch jede öffentliche Veranstaltung von Palästinenser*innen in Deutschland Gefahr läuft, in die RIAS-Statistik aufgenommen zu werden. Gleichzeitig verbreitet RIAS in Publikationen einseitige historische und politische Narrative, die Israels Militärbesatzung sowie die Handlungen seiner rechtsgerichteten Regierung legitimieren.

Der Bericht zeigt weiter auf, wie RIAS' Überbetonung des „israelbezogenen Antisemitismus“ dazu führt, dass die von der extremen Rechten ausgehende Bedrohung unterschätzt wird. So führte RIAS in Thüringen nur 37 Prozent der antisemitischen Vorfälle auf einen „rechtspopulistischen/rechtsextremen Hintergrund“ zurück, wohingegen die Polizei 98 Prozent der von ihr im selben Jahr erfassten antisemitischen Straftaten der rechten Szene zuordnete. Diese Tendenz zur Unterschätzung des rechten Antisemitismus erstreckt sich auch auf die Online-Aktivitäten von RIAS, indem sie viel mehr über „israelbezogenen Antisemitismus“ tweetet, als dieser in der eigenen statistischen Aufschlüsselung der politischen Motivation für antisemitische Vorfälle eine Rolle spielt.

Dieser Bias, gepaart mit einer zugrunde liegenden eternalistischen Vorstellung von Antisemitismus als singuläres Phänomen, das unabhängig von Zeit und Raum existiert, erschwert es, antijüdische Feindseligkeit und Gewalt zu verstehen, und unterläuft damit auch die präventive Arbeit gegen Antisemitismus.

Itay Mashiach hat für den vorliegenden Report Hunderte öffentliche und auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes angeforderte Dokumente ausgewertet, umfassende Datenanalysen unternommen sowie Interviews mit Dutzenden Expert*innen geführt. RIAS selbst hat es, trotz mehrfacher Anfragen, abgelehnt, mit dem Autor zu sprechen. Die Recherche und das Verfassen des Berichts wurde von *Diaspora Alliance* unterstützt, einer internationalen Organisation, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus durch die Förderung pluralistischer und demokratischer Werte verschrieben hat. *Diaspora Alliance* sieht diesen Bericht als Teil umfassender Bemühungen, die Analyse und Bekämpfung von Antisemitismus vor politischer Instrumentalisierung zu schützen.

Einleitung

Zum Holocaust-Gedenktag 2020 war Moshe Zimmermann als Ehrengast in den Landtag von Sachsen-Anhalt geladen. Er hat einen persönlichen Bezug zu dem Thema, über das er bei der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus sprechen sollte. Der renommierte israelische Historiker und emeritierte Professor an der Hebräischen Universität wurde 1943 in Jerusalem als Kind deutscher Juden geboren, die vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nach Palästina hatten fliehen können. Zu diesem Anlass, so erklärte Zimmermann, wolle er einige Gedanken teilen, die aus seinen langjährigen Forschungen zur deutsch-jüdischen Geschichte und zur Geschichte des Antisemitismus erwachsen sind.

Vor den deutschen Landtagsabgeordneten sprach Zimmermann an diesem Tag über „den gewundenen Weg nach Auschwitz“, ¹ der 200 Jahre vorher begonnen habe. Er wollte zeigen, dass uns gerade die frühen Anzeichen sich anbahnender Verbrechen Sorgen bereiten sollten, auch wenn sie für Zeitgenoss*innen oft nur schwer als solche zu erkennen sind, da sich die Gesellschaft nur langsam verändert, die Anzeichen sich erst über die Zeit verdichten. „Nie wieder Auschwitz“? Zu banal, zu selbstverständlich“, stellte er fest und lenkte stattdessen den Blick auf jene unscheinbaren Anfänge, die *irgendwann* vielleicht nach Auschwitz führen *könnten*. Diese Momente seien es, so der israelische Historiker, die die Warnung „nie wieder“ verdienen würden. Zugleich betonte er, dass seine Rede, in der es „um das ubiquitäre menschliche Verhalten und um Universalgeschichte“ ging, an die ganze Welt adressiert sei, und dass seine Schlussfolgerung „auch für Israelis [gelte], und nicht nur aus der Opferperspektive“.

¹ Eine autorisierte Fassung der Rede ist [hier](#) abrufbar.

Als er diese Worte im Magdeburger Landtag sprach, konnte Moshe Zimmermann nicht ahnen, dass seine Gedenkrede Eingang finden würde in den vielbeachteten [Bericht](#) einer prominenten Monitoring-Organisation, die sie als „antisemitischen Vorfall in Deutschland“ einstufte. Im Jahresbericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) wurden Zimmermanns Worte als einer jener antisemitischen Vorfälle gewertet, die sich um den 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz ereignet hatten. Dort tauchte „ein Redner“ auf, neben geschändeten Gedenkstätten, Hitlergrüßen und der „Verbreitung rechtsextremer bzw. antisemitischer Propaganda“, ohne Angabe seines Namens oder sonstige Erkennungsmerkmale. Die Rede sei laut RIAS antisemitisch, weil sie eine Gleichsetzung „der israelischen Politik gegenüber den Palästinenser_innen mit der antisemitischen Politik des Nationalsozialismus“ nahelegen würde.²

² Bundesverband RIAS e.V., Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2020, S. 41.

Vielleicht war es kein Versehen, dass Zimmermanns Nebenbemerkung am Ende seiner Rede derart aus dem Zusammenhang gerissen wurde, um den Nachweis des Antisemitismus zu führen. Denn der Nachweis beruht auf einer ganz spezifischen Auffassung davon, was Antisemitismus überhaupt ist – und zwar auf Grundlage einer umstrittenen Definition, die die Kritik an Israel in den Mittelpunkt rückt. Eine solche Auffassung verwischt jedoch immer wieder die Grenzen zwischen legitimen politischen Äußerungen und antijüdischer Feindseligkeit und macht sich dabei eine Sichtweise zu eigen, die Antisemitismus als ein singuläres Phänomen erklärt, das über Grenzen von Raum, Zeit und sozialen Kontexten hinweg immer konstant bleibt. Im vorliegenden Bericht wird es um die Auswirkungen dieses „israelbezogenen“ Antisemitismusverständnisses gehen, um die direkten Folgen, die dieser Diskurs seit ein paar Jahren auf die öffentlichen Debatten in der Bundesrepublik Deutschland hat. Im Mittelpunkt steht dabei die Arbeit von RIAS, einer Organisation mit hoher Reputation, deren Erhebungen in Deutschland mittlerweile einen quasi-behördlichen Status genießen. Analysiert wird, wie RIAS Antisemitismus versteht, definiert und klassifiziert – also die praktische Arbeit der Meldestelle, die öffentlich bislang noch nicht hinterfragt wurde. Auch wird die Frage gestellt, welchen Einfluss die Arbeitsweise von RIAS auf die Wahrnehmung von Antisemitismus in Deutschland hat.

Hintergrund

Antisemitismus ist in Deutschland ein erhebliches Problem. Zwischen 120.000 und 150.000 Jüdinnen und Juden leben hier, von denen die meisten nach 1990 aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingewandert sind.³ Kriminalstatistiken, Umfragen unter der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung sowie gewalttätige Angriffe belegen, wie weit antijüdische Ressentiments verbreitet sind. Völlig zu Recht beschäftigt dies Politik, Zivilgesellschaft und Medien gleichermaßen.

Vor diesem Hintergrund hatte die Gründung von RIAS im Jahr 2015 das Potenzial, einen bedeutenden Beitrag zu leisten. Andere Organisationen hatten sich schon länger mit dem Monitoring von antisemitischen Vorfällen in Deutschland beschäftigt, allerdings als Teil einer breiten anti-rassistischen oder anti-extremistischen Agenda. Eine Monitoring-Stelle, die sich ausschließlich mit Antisemitismus befasst, hatte bislang gefehlt.⁴ Das selbsterklärte Ziel von RIAS, genaue und einheitliche Statistiken zu antisemitischen Vorfällen oberhalb wie unterhalb der Strafbarkeitsschwelle zu erstellen, versprach eine langfristige Wende in Sachen Aufmerksamkeit und Sensibilisierung für das Thema. Der von der Bundesregierung seit Mitte der 2010er Jahre offensiv geführte Kampf gegen Antisemitismus erforderte vor allem einen systematischeren Ansatz auf der Basis von Daten und Erkenntnissen, die von einer Organisation mit spezifischer Expertise und im Austausch mit den betroffenen Communities erhoben werden sollten.

RIAS hat viele dieser Versprechen einlösen können. Eine kritische Analyse ihrer Arbeitsweisen und Methoden ist allerdings bisher ausgeblieben. Selbst einige der engsten Partner von RIAS, die regelmäßig die Statistiken der Organisation verwenden, können keine Aussagen dazu machen, wie diese Daten zusammengetragen werden.⁵ Eine vollständige und detaillierte Datenbank

3 Laut Erhebungen des israelischen Demografen Sergio Della Pergola beträgt die jüdische „Kernpopulation“ 118.000, ca. 150.000 Menschen haben wenigstens einen jüdischen Elternteil.

4 Organisationen wie die Amadeu Antonio Stiftung, ReachOut und das Berliner Register erfassen seit den früher 2000er Jahren rechte, rassistische und antisemitische Vorfälle.

5 Dies hat ein Partner von RIAS in einem Interview mit dem Autor des Berichts bestätigt.

der von RIAS erfassten antisemitischen Vorfälle ist selbst in anonymisierter Form nicht öffentlich zugänglich. Dies macht nicht nur eine kritische Analyse ihrer Einzelfallbewertungen unmöglich, sondern es versetzt RIAS zudem in die Lage, sowohl in Bezug auf ihre Schwerpunktsetzungen als auch in ihrer Außenkommunikation intransparent vorzugehen. Zudem steht die Frage nach der geeigneten Definition im Raum. Es besteht kein Zweifel über die Gefahren des Antisemitismus; wie man Antisemitismus aber so definiert, dass vergleichbare Datenerhebungen überhaupt möglich sind, darüber wurde nie so kontrovers gestritten wie heute – und im Kern dieses Streits steht der „israelbezogene Antisemitismus“.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben die israelische Regierung und ihr nahestehende Organisationen das Label „israelbezogener Antisemitismus“ verstärkt als politisches Instrument eingesetzt, um Kritik an ihrer Politik zu delegitimieren – mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Redefreiheit und der politischen Meinungsäußerung. In diesem Prozess der Instrumentalisierung und Politisierung spielte die 2016 verabschiedete Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (kurz: IHRA-Definition) eine zentrale Rolle, die in ihren angehängten Fallbeispielen einen klaren Schwerpunkt auf den israelisch-palästinensischen Konflikt legt. Organisationen wie das American Jewish Committee und das Simon Wiesenthal Center hatten sich für diese Definition eingesetzt; seitdem drängen sie, aber auch die israelische Regierung auf ihre internationale Kodifizierung.⁶

RIAS verwendet eine eigene, erweiterte „operationalisierte Fassung“ der IHRA-Definition. Dafür wurde u. a. die Kerndefinition komplett umgeschrieben sowie neue Beispiele für Antisemitismus hinzugefügt, die nicht in der ursprünglichen Fassung der IHRA-Definition enthalten sind, wie z. B. „die Darstellung jüdischer Religionsausübung als Ausdruck einer archaischen Kultur“ oder die Behauptung, dass Israel ein „koloniales Unterfangen“ sei. Zudem hat RIAS den wichtigen Nachsatz entfernt, dass „Kritik an Israel, die Kritik an anderen Ländern ähnelt, nicht als antisemitisch betrachtet werden kann“. Wie RIAS die Definition deutet und verwendet, steht also im Widerspruch zu den Intentionen des Hauptverfassers der IHRA-Arbeitsdefinition, Kenneth Stern. Dieser hat mittlerweile kritisiert, dass die Definition zur Delegitimierung von Kritik an israelischem Staatshandeln instrumentalisiert werde.

⁶ Dies hat Jamie Stern-Weiner, Doktorand an der University of Oxford, in seiner Analyse The Politics of a Definition ausführlich dargelegt.

Ziele

Die Auffassungen und Vorgehensweisen einer so wichtigen Organisation wie RIAS müssen in einer offenen Gesellschaft diskutiert, hinterfragt und nachgeprüft werden. In der gegenwärtigen Lage verdeckt RIAS' Anspruch auf wissenschaftliche Genauigkeit mehr, als er offenbart. Das Anliegen dieses Berichts ist es daher, die Positionen, Methoden und Strategien von RIAS im Kontext der angesprochenen Kontroversen zu untersuchen. Das erklärte Ziel der Organisation, die Bekämpfung von Antisemitismus, ist über jeden Zweifel erhaben – dass eine Diskussion über die dafür eingesetzten Mittel stattfinden muss, versteht sich jedoch in einer offenen Gesellschaft von selbst. Gerade angesichts des halboffiziellen Status, den die Statistiken von RIAS bei staatlichen Stellen und Medien genießen, ist eine

Auseinandersetzung mit den Methoden und Positionen dieser Organisation umso wichtiger.

Das Hauptargument des vorliegenden Berichts lautet: RIAS ist in einer Weise biased, die einer Perspektive auf den Nahostkonflikt Vorschub leistet, die jener der rechten israelischen Regierung entspricht. Die Arbeit von RIAS trägt aktiv dazu bei, den Kampf um Menschenrechte zu unterminieren, insbesondere den von Palästinenser*innen, aber auch von linksgerichteten Israelis und diasporische Jüd*innen, indem Kritik an Israel und Antizionismus mit Antisemitismus gleichgesetzt wird. Die Arbeit von RIAS beschäftigt sich intensiv mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt und tendiert dadurch dazu, die Rolle des Konflikts für antisemitische Vorfälle in Deutschland überzubetonen. Problematisch daran ist vor allem, dass diese tendenziöse Überbetonung in RIAS Monitoring- und Klassifizierungsmethoden eingeschrieben ist, welche zudem nicht transparent gemacht werden. Es ist an der Zeit, dass dieser Bias thematisiert und zur Kenntnis genommen wird. Die Organisation tritt im Feld der Antisemitismusbekämpfung mit großer Autorität auf und beeinflusst die Politik auf lokaler, regionaler, staatlicher und inzwischen auch auf gesamteuropäischer Ebene.

Daher fordert dieser Bericht RIAS zu größerer Transparenz im Umgang mit den eigenen Positionen, Aktivitäten und Methoden auf. Gleichzeitig appelliert er an Unterstützer*innen aus der Politik, an die Zivilgesellschaft und an die Medien, die Arbeit von RIAS kritisch einzuordnen. Als große staatlich finanzierte Organisation sollte RIAS auch mit Wissenschaftler*innen und Journalist*innen außerhalb des eigenen politischen Umfelds in den Dialog treten und sich für eine offene Debatte einsetzen. Schließlich will dieser Bericht die kritische Selbstreflexion anstoßen, sowohl innerhalb RIAS' als auch im breiteren wissenschaftlichen und aktivistischen Feld: Denn letztlich geht es dabei auch um die Frage, inwiefern Praktiken des Monitorings, die eigentlich dem Schutz marginalisierter Communities dienen sollten, auch für eine diskriminierende Politik gegenüber anderen marginalisierten Communities eingesetzt werden.

Methodologie

Für diesen Bericht wurden zahlreiche Veröffentlichungen von RIAS ausgewertet und Interviews geführt mit Wissenschaftler*innen, politischen Entscheidungsträger*innen, Aktivist*innen und Personen, die derzeit oder früher mit RIAS, ihren Zweigstellen und ihren Partnerorganisationen zusammengearbeitet haben. Da die Datenbank, die RIAS über antisemitische Vorfälle führt, selbst in anonymisierter Form für eine unabhängige Recherche nicht zugänglich ist, wurde ein systematisches Screen-Scraping der unvollständigen „Chronik“ auf der Website von RIAS erstellt.⁷ Unter spezifischen Kategorien und innerhalb bestimmter Zeiträume gibt diese Rekonstruktion einen relativ ausführlichen Eindruck über die von RIAS registrierten Vorfälle. Weitere Fallbeschreibungen stammen aus einer systematischen Auswertung der Accounts der Organisation auf Twitter und Facebook. Leider weigerte sich RIAS über zwei Jahre hinweg, für diese Recherche interviewt zu werden, und antwortete nicht auf wiederholte Anfragen des Autors.

⁷ Bei der „Chronik“ handelt es sich um eine unvollständige Zeitleiste von RIAS über antisemitische Vorfälle. Sie ist auf ihrer Website in einem Format verfügbar, das eine unabhängige Analyse kaum möglich macht. Obwohl die Chronik Zeit, Ort, Beschreibung und Klassifikation jedes Vorfalls angibt, bietet sie keine Möglichkeit, die Daten herunterzuladen, zu sortieren oder zu durchsuchen. Tatsächlich gestaltet die Anwendungsoberfläche das Kopieren der Daten äußerst kompliziert. Zur Lösung dieses Problems haben wir einen Bot eingesetzt, der die Chronik durchsuchte und sie in Tabellenform reproduzierte. Der Bot lief am 20. Mai 2022 und identifizierte 1981 Vorfälle, vornehmlich im Zeitraum zwischen Januar 2019 und Dezember 2021. Dies stellte eine entscheidende Datenquelle für diese Forschung dar. RIAS hat die Chronik seitdem nicht aktualisiert.

Kapitelüberblick

In den letzten Jahren ist RIAS von einem Ein-Mann-Projekt zu einem bundesweiten Netzwerk renommierter und großzügig geförderter Monitoring-Organisationen angewachsen. **Das erste Kapitel**, „Aufstieg einer Organisation“, behandelt die Entwicklung von RIAS, ihr wachsendes Ansehen und ihren Einfluss. Weitere Informationen zur Finanzierung befinden sich im **Anhang I** am Ende dieses Berichts.

Das **zweite Kapitel**, „Mangelhafte Methoden“, konzentriert sich auf zwei zentrale Prinzipien der Arbeit von RIAS, die dem Bias und der problematischen Interpretation problematischen Interpretation von antisemitischen Vorfällen zugrunde liegen. Das erste Prinzip ist RIAS' Desinteresse am Kontext der dokumentierten Vorfälle, welches es der Organisation ermöglicht, Aussagen, die während eines bestimmten Vorfalls erfasst werden, allein aufgrund bestimmter Stichworte automatisch als antisemitisch zu klassifizieren, unabhängig davon, wann, wo, von wem oder warum sie getätigt wurden.

Das zweite Prinzip ist das Beharren von RIAS auf einem „eternalistischen“ Verständnis von Antisemitismus, der als epochenübergreifendes, also „ewiges“ Phänomen begriffen wird. Dies entspricht dem traditionellen zionistischen Geschichtsbild, das letztendlich die grundsätzliche Möglichkeit jüdischen Lebens in der Diaspora bezweifelt. Diese theoretische Grundannahme, die auf der „eternalistischen“ Interpretation der Judenfeindschaft als ewiger, unveränderlicher und kontextloser Hass beruht, erlaubt es RIAS, zahlreiche Vorfälle – ebenfalls ohne Kontext – als antisemitisch zu erfassen. Das Kapitel zeigt, wie ein solches Antisemitismusverständnis in der Praxis von RIAS zu einem beständigen Anstieg der dokumentierten Fälle von Antisemitismus führt. Zugleich hindert es uns daran, antijüdische Ressentiments zu verstehen, was die präventive Arbeit erschwert.

Das **dritte Kapitel**, „Daten ohne Details“, analysiert, wie der Bias von RIAS die Erfassung und die Außenkommunikation zu den einzelnen Vorfällen prägt. Die Organisation überbetont israelbezogenen Antisemitismus auch dort, wo er unerheblich ist. Gleichzeitig wird dargelegt, wie die langen und komplexen Berichte von RIAS, gespickt mit zahlreichen Statistiken, oft die elementarsten Details zu den Fällen auslassen und zudem Online-Vorfällen einen überproportionalen Raum einräumen.

Das **vierte Kapitel**, „Vorverurteilung in der Praxis“, untersucht, wie sich die Bias von RIAS zugunsten des staatlichen israelischen Narrativs konkret niederschlägt. Es beleuchtet den Fall einer kleinen regelmäßigen Mahnwache in München gegen die israelische Besatzung, die von RIAS als antisemitisch eingestuft wird und damit erheblich zum Anstieg des Antisemitismus in der regionalen Statistik beiträgt.

Schließlich zeigen die letzten zwei Kapitel die Konsequenzen auf, die durch die einseitigen politischen Positionen, die Dekontextualisierung und die Intransparenz in der Arbeit von RIAS entstehen. Das **fünfte Kapitel**, „Negierte Narrative“, stellt eine dieser Folgen dar: die Stigmatisierung von pro-palästinensischen Positionen sowie palästinensischer Identität als per se antisemitisch. Die als „antisemitisch“ bezeichneten Vorfälle legen nahe, dass für RIAS jede Form politischer Aktivität

von Palästinenser*innen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt als „antisemitisch“ einzustufen ist. Außerdem geht es um ein inkriminierendes Dossier über eine deutsch-palästinensische Akademikerin, welches von RIAS erstellt und privat verschickt wurde, was ihrer Karriere und Person erheblich geschadet hat.

Das **letzte Kapitel** beschreibt die Kehrseite der Delegitimierung pro-palästinensischer Positionen: die Stärkung des nationalistischen Narrativs zum Nahostkonflikt zugunsten der israelischen Siedlungspolitik. Es lässt sich zeigen, wie RIAS sich aktiv um die Verbreitung dieses Narrativs bemüht und mit welchen Mitteln es in der Öffentlichkeit „Bildungsarbeit“ zu Themen wie diplomatische Beziehungen, internationales Recht und Eskalationen im Gazastreifen betreibt. Das Kapitel zeigt zudem, wie RIAS in interne israelische Debatten eingreift, linke israelische Protestierende als antisemitisch brandmarkt und mit einer für Propaganda zuständigen israelischen Behörde zusammenarbeitet.

))))))))

Zum Abschluss eine persönliche Bemerkung. Der Verfasser dieses Berichts möchte seinen eigenen Bias nicht unerwähnt lassen, während er den Bias anderer aufzeigt. Diese Worte wurden in Tel Aviv verfasst, während der Staat Israel einer ernsthaften und unmittelbaren Gefahr gegenübersteht. Eine rechte, von der Siedlerbewegung dominierte Regierung bedroht direkt die demokratischen Institutionen des Landes, wodurch erstmals in Israels Geschichte ein autokratisches und sogar faschistisches Regime möglich wird. Mehr als fünf Jahrzehnte eines ungelösten Konflikts, einhergehend mit steter Gewalt und permanenten Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten, haben ihre Spuren in der israelischen Gesellschaft hinterlassen. Sie ist nationalistischer, chauvinistischer und rassistischer als je zuvor. Die eingangs zitierte Warnung von Moshe Zimmermann stellt sich mit jedem Tag als zunehmend hellsichtig heraus.

Viele Israelis hoffen, dass sich die totale Katastrophe abwenden lässt, wenn sich die internationale Gemeinschaft kompromisslos und klar gegen diese Verstöße der israelischen Regierung stellt. Dies wird jedoch gefährdet, wenn die radikalnationalistische Perspektive der aktuellen Regierung im Ausland vertreten, ihr politisches Projekt geschützt, ihre Gegner*innen mundtot gemacht und Menschenrechtsverstöße normalisiert werden. Dieser Bericht stellt sich dagegen, in tiefer Sorge um die Zukunft des jüdischen Staates.

Itay Mashiach, August 2023

1 **Aufstieg einer Organisation**

RIAS ist innerhalb sehr kurzer Zeit rasant gewachsen. Was vor neun Jahren als Ein-Mann-Projekt begann, ist zu einem bundesweiten Netzwerk örtlich agierender Recherchestellen in ganz Deutschland geworden. RIAS verfügt über hohe Reputation, großzügige Finanzierung und erhebliche Autorität. In diesem Kapitel wird die Entwicklung von RIAS seit ihrer Gründung und die Ausweitung ihres Einflussbereiches behandelt und gezeigt, wie RIAS eine Art halboffiziellen Status im Bereich des Antisemitismus-Monitorings erlangt hat und in öffentlichen Debatten zum Thema als unhinterfragte Autorität angesehen wird.

Ursprünge

Seit mehr als drei Jahrzehnten sammeln zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland Daten zu Vorfällen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. LGBTQ-Organisationen begannen in den Neunzigern mit der systematischen Sammlung, Verifizierung und Auswertung von Opferberichten. Hinzu kamen, infolge der Welle neonazistischer Gewalt nach dem Mauerfall, mehrere antirassistische Initiativen. Der Anlass für diese unabhängigen Monitoring-Initiativen war eine vermutete Dunkelziffer von Fällen, die wegen institutionellem Rassismus, Homophobie oder politischer Voreingenommenheit nicht gemeldet oder erfasst wurden.

Vor der Gründung von RIAS wurde das Monitoring von Antisemitismus von Organisationen durchgeführt, die rassistische und rechtsextreme Gewalt im Allgemeinen dokumentierten. RIAS widmete sich als erstes Projekt ausschließlich dem Antisemitismus. Ihre Gründung kann auf eine Umfrage zur Wahrnehmung und Erfahrung von Antisemitismus in Berlin zurückgeführt werden, die mit Unterstützung des Vereins für Demokratische Kultur e.V. (VDK) und der Amadeu Antonio Stiftung im Jahre 2014 durchgeführt wurde. Bei der Vorstellung der Ergebnisse erklärte der Gründer von RIAS, Benjamin Steinitz, den Anlass:

Im Sommer 2014 gingen israelische Streitkräfte militärisch im von der Terrororganisation Hamas beherrschten Gazastreifen vor („Operation Protective Edge“), um den palästinensischen Raketenbeschuss auf die israelische Zivilbevölkerung wirksam zu unterbinden. In Berlin kam es daraufhin zu Dutzenden öffentlicher Protestaktionen mit israelfeindlicher Grundstimmung, in deren Rahmen wiederholt offen judenfeindliche Ausdrucksformen festgestellt [...] wurden.

Die Umfrage umfasste elf ausführliche Interviews mit Mitarbeiter*innen jüdischer Einrichtungen, die über ihre Alltagserfahrungen mit Antisemitismus sprachen und erklärten, mit welchen Strategien Berliner Jüdinnen und Juden diesen zu vermeiden oder zu konfrontieren versuchten. Viele von RIAS' Grundsätzen lassen sich auf das Fazit dieser Studie zurückführen. Als Vorbereitung zur Gründung weiterer Zweigstellen wurden von RIAS seitdem ähnliche Studien in ganz Deutschland durchgeführt.

RIAS startete offiziell im Januar 2015 als Projekt des VDK unter der Leitung von Steinitz.⁸ Ihr Hauptziel war die Erfassung antisemitischer Vorfälle und die Vermittlung von Unterstützungsangeboten für Betroffene. (Die Organisation versteht „Vorfälle“ als Manifestationen von Antisemitismus, die sowohl über als auch unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit liegen). Die Bundesregierung erkannte die Arbeit einer solchen einheitlichen Sammlung schnell als nützliche Ergänzung zu den gesammelten Daten der Polizei und der Justiz an, mit dem Ziel, „ein möglichst realitätsnahes Lagebild des Antisemitismus in Deutschland zu erhalten, um auf dieser Grundlage noch gezieltere Präventionsarbeit zu ermöglichen“.⁹

Neben der reinen Dokumentation trägt die Organisation auch zur öffentlichen Wahrnehmung von Opferperspektiven bei. Durch Medienarbeit und Aktivitäten in den sozialen Medien macht RIAS jüdische Erfahrungen sichtbarer und ermöglicht vor allem Opfern und Zeug*innen – von denen manche aus unterschiedlichen Gründen keine Anzeige bei der Polizei erstatten wollen – von ihren Erlebnissen zu berichten. In dieser Hinsicht fungiert RIAS als „Mittler zur Polizei“.¹⁰

Diese Arbeit ist von mehreren Grundsätzen geleitet. So behauptet die Organisation, grundsätzlich strikte Definitionen und Klassifizierungssysteme einzusetzen, um Konsistenz und Einheitlichkeit ihrer Statistiken zu gewährleisten. Eine Quelle für diese Daten ist das interne Online-Meldeportal. RIAS gibt an, die über dieses Portal erhaltenen Angaben zu verifizieren, doch gibt es kaum Informationen über die Methoden und Protokolle, die zur Verifikation eingesetzt werden.¹¹ Ein weiterer Grundsatz ist die Privatsphäre der Opfer: „Zentrales Prinzip unserer Arbeit ist der Vertrauensschutz. Sie entscheiden, wie mit Ihrer Meldung umgegangen werden soll“.

RIAS beobachtet die Medien, schickt Beobachter*innen zu Protesten und öffentlichen Veranstaltungen mit „antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung“ und führt „systematische“ Umfragen in jüdischen Organisationen durch.¹² Die Organisation gleicht auch Daten mit denen anderer Monitoring-Projekte ab. Bis 2022 ergänzte RIAS ihre Statistiken mit Angaben der Berliner Polizei, bis diese den Informationsaustausch aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken aufkündigte.

RIAS, so erkennen viele Beobachter*innen an, hat dazu beigetragen, dass es mehr Bewusstsein für das Problemfeld Antisemitismus gibt. Dabei wird die Recherchestelle als „toller Türöffner“ für Jüdinnen und Juden beschrieben, die die Organisation als Teil ihrer Community ansehen, oder sich zumindest in ihren Sorgen verstanden fühlen.¹³ Die systematische und detaillierte Auswertung von Daten wird im deutschen NGO-Feld als einzigartig gelobt.¹⁴

8 Sie war vorher bei der Organisation ReachOut angesiedelt, die Opfer von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus berät und in diesen Bereichen Bildungsprogramme anbietet. Siehe die Website der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin.

9 Parlamentarische Anfrage von Konstantin von Notz, 25.05.2020. Siehe auch Abschlussbericht des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, 14.05.2021, S. 45.

10 Bericht der Bundesregierung über den Umsetzungsstand und die Bewertung der Handlungsempfehlungen des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus 11.9.2020, S. 8.

11 Eine Ausnahme ist der Zeitraum, in dem die Organisation Opfer kontaktieren sollte. Siehe Bundesverband RIAS. Siehe auch Max Laube, „Antisemitische Vorfälle in Berlin (Januar 2017–Juni 2019): Art, Ausmaß, Entwicklung“, Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin: 2021, S. 28–29. Laube bietet einen exzellenten Überblick über die unterschiedlichen Methodologien, mit denen Antisemitismus in Berlin von der Polizei, von RIAS und von der Staatsanwaltschaft erfasst wird, sowie ihre jeweiligen Beschränkungen.

12 Siehe: Antisemitische Vorfälle 2018, S. 8–9.

13 Von Kati Becker, die das Berliner Register leitet, eine Organisation, die Diskriminierungsfälle in der Stadt erfasst. Wortprotokoll des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung des Abgeordnetenhauses Berlin. 21.05.2018, S. 16.

14 Laube, S. 12.

Besonderes Gewicht kommt in diesem Kontext jener Würdigung zu, die seitens eines von der Regierung beauftragten unabhängigen Expertenkreises zum Kampf gegen Antisemitismus ausgesprochen wurde. In ihrem Bericht von 2017 loben die Expert*innen sowohl die Breite der Darstellung antisemitischer Erscheinungsformen in der deutschen Gesellschaft als auch die Zuverlässigkeit der von RIAS erhobenen Daten. Daher empfehlen sie, auch in anderen Bundesländern nach dem Vorbild von RIAS staatlich finanzierte Recherchestellen als Teil einer gemeinsamen bundesweiten Plattform einzurichten.

Eine weitere zentrale Empfehlung des Expertenkreises war die Ernennung eines Bundesbeauftragten für Antisemitismus, der diese Präventionsarbeit koordinieren sollte. Dieser Schritt markiert einen Wendepunkt in der Geschichte von RIAS. Eine der ersten Maßnahmen des neu ernannten Beauftragten Dr. Felix Klein war die Gründung eines Dachverbandes der RIAS-Stellen in den einzelnen Bundesländern, des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus, für den Klein auch die Schirmherrschaft übernahm.

Expansion

Der Bundesverband RIAS nahm seine Arbeit im November 2018 auf. Ziel war die Gründung regionaler Meldestellen in allen deutschen Bundesländern nach dem Vorbild von RIAS Berlin, um so eine einheitliche Dokumentation zu gewährleisten, wie es der Expertenkreis empfohlen hatte. Seit 2019 wurden solche Stellen in elf weiteren Bundesländern eingerichtet, von denen die meisten nach der Mutterorganisation benannt sind.¹⁵

Im Mai 2019 gründete RIAS eine bundesweite Arbeitsgruppe, um standardisierte Dokumentationsmethoden und den Austausch zwischen den regionalen Stellen zu erleichtern. So entstand ein Netzwerk unabhängiger Recherche- und Dokumentationszentren, die von den jeweiligen Landesregierungen finanziert und von jeweils einer örtlichen Institution getragen werden.¹⁶ Ein wichtiger Vorteil des Netzwerks ist die zentralisierte Datenbank, zu der aber nicht alle regionalen Meldestellen Zugang haben.¹⁷

Der Zugang zur Datenbank ist nur eines der Mittel, mit dem der Bundesverband RIAS Kontrolle über seine regionalen Meldestellen ausübt. Wie vom Expertenkreis empfohlen, müssen die örtlichen Stellen zentralisierten Leitlinien folgen. Mit diesen kann zum Beispiel vorgegeben werden, welche Antisemitismusdefinition verwendet werden soll – nämlich die Arbeitsdefinition der IHRA.¹⁸ Der Dachverband kann regionalen Meldestellen außerdem die Aufnahme in die bundesweite Arbeitsgruppe verwehren, womit ein Bundesland vom bundesweiten Prozess der standardisierten Dokumentation ausgeschlossen und in Veröffentlichungen des Bundesverbands nicht mehr erscheinen würde.¹⁹

Das beeindruckende Wachstum des RIAS-Netzwerkes wurde von einem Anstieg der Förderung seitens der Bundes- und diverser Landesregierungen begleitet. Zwischen 2019 und 2022 hat sich der Etat des Dachverbands fast verdreifacht, von mindestens 239.000 Euro auf mindestens 644.000 Euro.²⁰ Unter Einberechnung von RIAS Berlin und RIAS Bayern, die beide direkt vom Dachverband geleitet werden, betrug das durchschnittliche jährliche Budget von 2020 bis 2022 919.000 Euro.²¹

15 Regionale Meldestellen von RIAS wurden in Bayern, Brandenburg, Thüringen, Niedersachsen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Hessen gegründet. Entsprechungen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein heißen „DIA.MV“ bzw. „LIDA-SH“.

16 Die Träger können Beratungszentren für Opfer von Hassverbrechen, die Amadeu Antonio Stiftung oder andere Bildungszentren sein.

17 In einer E-Mail an den Autor vom 22.06.2022 erklärte ein Sprecher für LIDA-SH, das Zentrum habe keinen Zugriff auf Vorfälle in anderen Bundesländern. DIA.MV hat hingegen Zugriff auf eine anonymisierte Version der Datenbank (ohne persönliche Daten) und kann so etwa vergleichen, wie oft eine bestimmte Art von Vorfall stattgefunden hat.

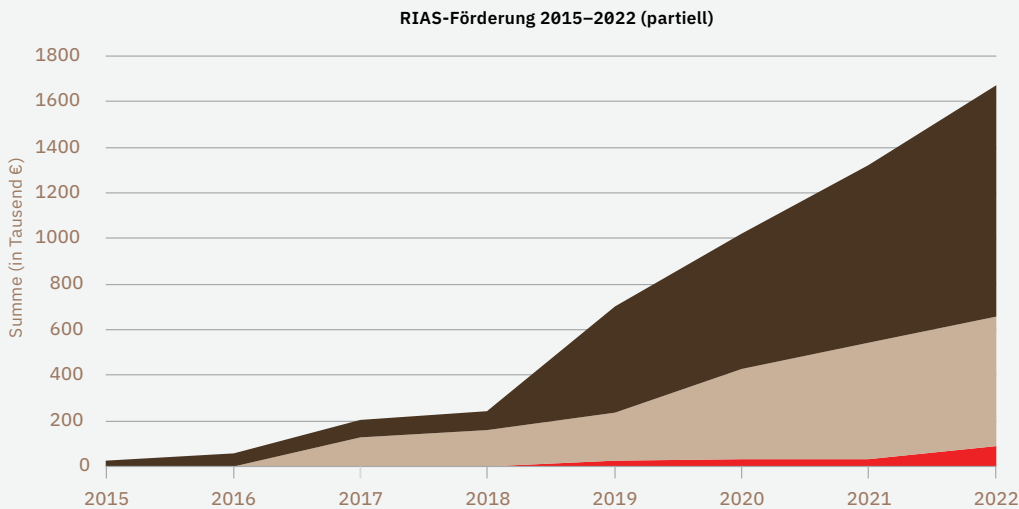
18 Siehe z.B. die Ausschreibung der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern zur Gründung einer Dokumentations- und Beratungsstelle. Die Ausschreibung gibt RIAS Berlin als Modell und die IHRA-Definition als Arbeitsgrundlage vor. Siehe auch die Ausschreibung für Niedersachsen, die auch eine verpflichtende Teilnahme an RIAS-Fortbildungen hinzufügt.

19 2021 versuchte RIAS hinter den Kulissen zu verhindern, dass die migrantisch geführte Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) die ihr in einem ordentlichen Ausschreibungsverfahren zugesprochene Stelle für Antisemitismus-Monitoring in Brandenburg aufnehmen konnte und drohte, KIgAs Zugang zur nationalen Datenbank zu beschränken. Diese Information ergibt sich aus einem Antrag auf Akteneinsicht bei der Staatskanzlei des Landes Brandenburg vom 18.05.2022.

20 Ein kleiner Teil der Summe für 2022 ist projektspezifisch. Siehe Anhang I für weitere Informationen.

21 Die Amadeu Antonio Stiftung, wichtige Geldgeberin und Partnerin von RIAS, finanziert sowohl den Bundesverband als auch verschiedene Regionalstellen und hat dem Autor den Zugriff auf Informationen zur Finanzierung verweigert. Informationen über Spenden sind ebenfalls nicht verfügbar. RIAS ignorierte sämtliche Anfragen zum Thema.

Zusätzlich wird RIAS von privaten Stiftungen, vom Zentralrat der Juden in Deutschland und durch individuelle Spenden gefördert. Weitere Details finden sich im Anhang.



✓ Dieses Diagramm zeigt nur acht lokale RIAS-Organisationen und den Bundesverband. Nicht eingerechnet sind die private Förderung der Amadeu Antonio Stiftung sowie private Spenden. Dabei ist anzumerken, dass diese Gelder nicht von einer einzelnen Organisation kontrolliert werden, sondern von den regionalen Stellen, die die entsprechenden RIAS-Projekte durchführen.

- Bundesland
- Bundesweit
- Andere

Einfluss

Nicht nur die Reichweite und Finanzierung, sondern auch der Einfluss der Organisation ist stark angewachsen. Die von RIAS erstellten Statistiken werden von einigen Landesregierungen als halboffiziell behandelt. So bezieht sich etwa der Berliner Senat für die Beantwortung parlamentarischer Anfragen regelmäßig darauf²² und veröffentlicht die von RIAS erhobenen Zahlen, als handle es sich um Statistiken einer staatlichen Behörde.²³ Der Berliner Beauftragte für Antisemitismus, der für die Sammlung von Statistiken aus verschiedenen Quellen verantwortlich ist, trägt dafür Daten von der Polizei, der Staatsanwaltschaft und RIAS zusammen.²⁴

Dieser halboffizielle Status spiegelt sich auch auf Bundesebene wider. Die Statistiken und Veröffentlichungen von RIAS werden von der Bundesregierung „zur Kenntnis genommen“ und als „wertvolle Ergänzung“ zur Polizeistatistik angesehen, so ein Sprecher des Innenministeriums.²⁵ Die Statistiken von RIAS werden auch von internationalen Organisationen und akademischen Einrichtungen zitiert.²⁶

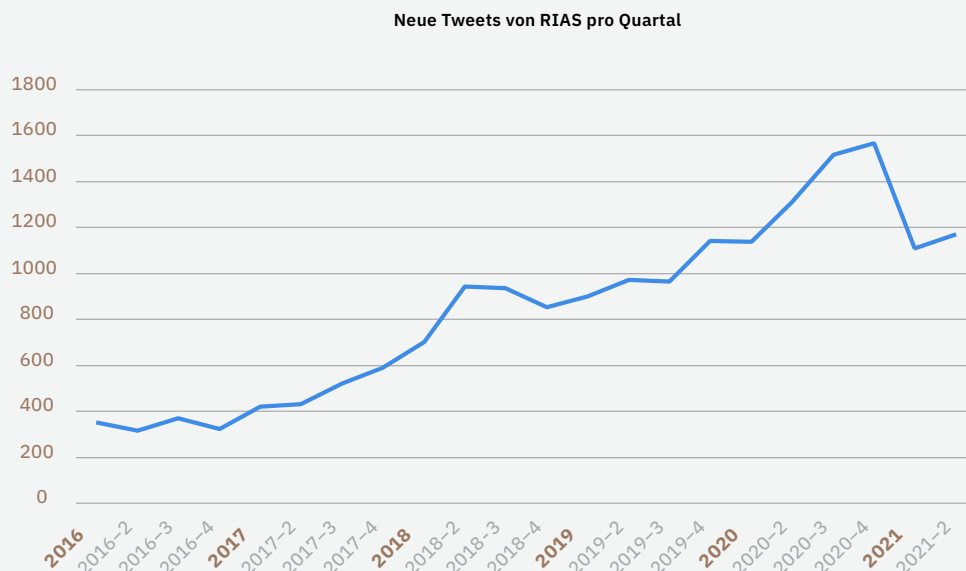
22 Siehe zum Beispiel [parlamentarische Anfrage von June Tomiak, 27.04.2018](#) und [parlamentarische Anfrage von Sebastian Walter, 09.11.2018](#).

23 [Parlamentarische Anfrage von Susanne Kitschun, 19.08.2021](#).

24 [Berliner Landeskonzert zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention](#), S. 6.

25 E-mail an den Verfasser des Berichts, 11.05.2022.

26 Die Veröffentlichungen von RIAS sind häufige Quellen für den [Antisemitism Worldwide Report](#) des Center for the Study of Contemporary European Jewry an der Universität Tel Aviv und den [Overview of Antisemitic Incidents Recorded in the European Union](#) der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte.



← RIAS ist auch in den sozialen Medien sehr präsent. Der Bundesverband hat auf Twitter mehr als 30.000 Follower und setzt im Durchschnitt mehr als zwölf Tweets am Tag ab.

Nicht zuletzt beziehen sich die Medien auf RIAS als unparteiische und zuverlässige Quelle und berichten regelmäßig über ihre Ergebnisse in Artikeln, Radio- oder Fernsehbeiträgen. In einer unabhängigen Evaluation der Reichweite der Organisation wurde 2019 herausgearbeitet, dass RIAS „mittlerweile in der Lage ist, über Vorfallsveröffentlichungen selbst Debatten zu initiieren und sich als Ansprechpartner für mediale Anfragen zum Thema [Antisemitismus] etabliert hat“.²⁷

Jenseits der Sammlung und Aufbereitung von Daten konnte sich RIAS auch als zentrale Kontakt- und Expert*innenstelle für Politik, Polizei, Staatsanwaltschaft, Verwaltung und zivilgesellschaftliche Organisationen etablieren.²⁸ Seit 2016 arbeitet die Organisation eng mit der Berliner Polizei zusammen und tauscht Informationen und Erfahrungen aus. Oft konnte RIAS die statistischen Angaben der Polizei um noch unbekannte Vorfälle ergänzen. Für die Polizeiakademie hat RIAS ein umfassendes Fortbildungskonzept unter dem Titel „Antisemitismus erkennen, antisemitische Straftaten konsequent verfolgen und Betroffene kompetent begleiten“ entwickelt.²⁹ Auch mit der Berliner Staatsanwaltschaft – von der sie anonymisierte Gerichtsurteile und andere Informationen erhält – arbeitet RIAS zur Unterstützung der gerichtlichen Einschätzung von antisemitischen Motiven eng zusammen.³⁰

Auch im Bereich der Interessenvertretung ist RIAS aktiv und lässt etwa Abgeordneten oder Angestellten in der Verwaltung Informationen zukommen. Dazu gehören u. a. Vorträge bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Veranstaltungen.³¹ RIAS-Geschäftsführer Benjamin Steinitz hat zum Beispiel bereits vor dem Berliner Abgeordnetenhaus gesprochen, wo er unter anderem empfahl, „Bestandsaufnahmen zum Israelbild und zur Darstellung des Judentums in den in Berlin zugelassenen [Schul-]Büchern“ durchzuführen sowie „Curricula für Integrationskurse von und für Geflüchtete bezüglich der Darstellung jüdischen Lebens in Deutschland“ zu überprüfen.³²

Laut einem Evaluationsbericht von 2019, der von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) in Auftrag gegeben wurde, war ein Resultat der Arbeit von RIAS die Einrichtung einer Expert*innen-Arbeitsgruppe des Berliner Senats. Diese Gruppe erarbeitete 2018 einen Antrag mit weitreichenden Konsequenzen. So wurde dadurch eine allgemeine Einführung der IHRA-Definition durch die Stadt Berlin, die Ernennung des erwähnten Beauftragten für Antisemitismus und der Ausschluss von Unterstützer*innen von BDS und anderen, die „die Existenz Israels als jüdischen Staat delegitimieren“, aus städtisch finanzierten Räumen erwirkt.³³

Jedoch beschränkt sich RIAS' Arbeit an legislativen Projekten keineswegs nur auf Berlin. Die Organisation taucht im verpflichtenden Lobby-Register des Bundestages auf. Hier wird unter ihren Interessen- und Vorhabenbereichen u. a. „Diversitätspolitik“, „Kriminalitätsbekämpfung“ und „Sonstiges im Bereich ‚Innere Sicherheit‘“ angegeben.

Ende 2022 wurde schließlich die Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben (NASAS) vom Bundesinnenministerium unter Federführung des Bundesbeauftragten veröffentlicht. Darin wurde RIAS als „etablierter Partner“ der Bundesregierung gelobt. Diese verpflichtete sich zudem dazu, die finanzielle Förderung von RIAS aufzustocken, und sprach sich

27 2018 wurde RIAS in 227 Medienartikeln zitiert. Siehe: Abschlussbericht zur Evaluation des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ von 2019.

28 Ebd., S. 156, 158. RIAS nimmt auf verschiedenen Ebenen an Foren teil, wie beispielsweise dem Berliner Runden Tisch gegen antisemitische Gewalt des Innensenators, dem Expert*innenkreis zu Antisemitismus im Land Berlin und dem bundesweiten Kompetenznetzwerk Antisemitismus.

29 Das Programm wurde zusammen mit der Mobilen Beratung gegen Rechts in Berlin (MBR) entwickelt. Wortprotokoll des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung des Abgeordnetenhauses Berlin, 05.06.2019, S. 9–11. Siehe auch Abschlussbericht zur Evaluation, S. 158.

30 Protokoll, 05.06.2019, S. 10.

31 Abschlussbericht zur Evaluation, S. 158.

32 Protokoll, 05.06.2019, S. 12.

33 Abschlussbericht zur Evaluation, S. 158.

dafür aus, die Organisation als „Trusted Flagger“, also als vertrauenswürdige Hinweisgeberin, anzuerkennen. Das bedeutet, dass RIAS Inhalte, die sie als antisemitisch einstuft, in sozialen Medien eigenständig anhand ihrer eigenen Leitlinien zur Zensur melden kann.

Mittlerweile ist der Einfluss von RIAS nicht mehr nur auf die Bundesrepublik beschränkt. 2021 beauftragte die Europäische Union RIAS mit der Erarbeitung eines Handbuchs für die praktische Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Noch im selben Jahr veröffentlichte sie, unter Federführung der Antisemitismusbeauftragten der Europäischen Kommission, Katharina von Schnurbein, ihre Strategie für den Kampf gegen Antisemitismus und für die Förderung jüdischen Lebens. Die Veröffentlichung konstatiert die Notwendigkeit von „zuverlässigen und vergleichbaren Daten zu antisemitischen Vorfällen“, wobei RIAS als Vorbild erwähnt wird. Diese neuen Entwicklungen könnten auf eine zukünftig noch stärkere und prominentere Rolle für RIAS auf EU-Ebene hinweisen.

2 Mangelhafte Methoden

In diesem Kapitel werden zwei zentrale Prinzipien untersucht, die der Arbeit von RIAS zugrunde liegen, und es wird argumentiert, dass sie mit dem Bias der Organisation einhergehen.

Das erste Prinzip ist, wie erwähnt, die Dekontextualisierung. Ganz allgemein blendet RIAS von vornherein den Kontext der von ihr als antisemitisch klassifizierten Vorfälle aus. Das ist kein Versehen, sondern eine Art Leitlinie. Die Ausblendung des Kontextes lässt keine unterschiedlichen Interpretationen eines Textes oder eines Sprechakts zu, sondern schreibt diesen eine endgültige und definitive Bedeutung zu. Wer warum und mit welcher Intention etwas gesagt hat, wird dabei nicht weiter berücksichtigt. Dieses bewusste Ausblenden von Kontext steht allerdings nicht nur den Grundsätzen der Antisemitismusforschung entgegen, sondern auch der IHRA-Definition selbst, die eine „Berücksichtigung des Gesamtkontexts“ verlangt. RIAS' kontextlose Darstellung von angeblich antisemitischen Äußerungen erschwert es, die Klassifizierungspraxis der Organisation zu evaluieren.

Bei dieser Art des Monitorings wird ein Ereignis lediglich anhand einer Checkliste, welche aus absichtlich dekontextualisierten Begriffen besteht, überprüft. Wenn auch nur einer der Begriffe auftaucht, wird der Vorfall automatisch als antisemitisch eingestuft. Zur Veranschaulichung dieses Verfahrens werden im Folgenden zwei Fallstudien präsentiert: zwei Theateraufführungen – eine in Berlin, die andere in München. Beide wurden von RIAS als antisemitisch eingestuft.

Das zweite Prinzip, das die Grundlage des ersten bildet, ist das ebenfalls bereits erwähnte „eternalistische“ Verständnis von Antisemitismus – das heißt, Antisemitismus als ein singuläres Phänomen zu begreifen, das konstant und konsistent ist über Zeit, Raum und soziale Kontexte hinweg. Dieses Verständnis wird von RIAS selten explizit formuliert, ist jedoch leicht in ihren Texten und Analysen zu erkennen. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass die Übernahme dieses in der Antisemitismusforschung als „Eternalismus“ bezeichneten Modells durch eine praxisorientierte Organisation wie RIAS entscheidende Konsequenzen hat. Es überdramatisiert viele antisemitische Vorfälle, grenzt unser Wissen über Antisemitismus ein, erschwert damit seine Prävention und Bekämpfung und dient dem Zweck, politische Narrative an den Rand zu drängen.

„Antisemitismus im Theater“

Unter der Überschrift „Antisemitismus im Theater“ meldete RIAS im März 2020 die Aufführung eines Theaterstücks in Berlin-Mitte. In der ersten Szene des Theaterstücks wurde laut RIAS die „Massentierhaltung mit der Vernichtung von Jüdinnen_Juden in Konzentrationslagern gleichgesetzt und so relativiert“.³⁴

34 [RIAS-Chronik](#), 01.03.2020.

Weitere Informationen gab RIAS nicht an. RIAS betont stets, die Anonymisierung von Vorfällen, einschließlich nicht-persönlicher Informationen, diene dazu, Opfer zu schützen und eine Vertrauensbasis mit betroffenen Communities aufzubauen.³⁵ Aber bei einem öffentlichen Ereignis wie einer Theateraufführung ist nicht klar, wer genau dieses Schutzes bedarf.

35 „Zentrales Prinzip ist der Vertrauensschutz: Die Betroffenen und Zeugen entscheiden, wie mit ihrer Meldung und ihren Informationen umgegangen wird“. [RIAS Bayern](#).

Der vermeintlich anstößige Text war ein Ausschnitt aus dem Roman *Elizabeth Costello* von J. M. Coetzee aus dem Jahr 2003, den der kroatische Regisseur Oliver Frlić in sein Stück *Ein Bericht für eine Akademie* eingebaut hatte. Das Stück wurde am renommierten Maxim Gorki Theater in Berlin aufgeführt. Angemerkt sei, dass sich ein ähnlicher Vergleich von Massentierhaltung und Konzentrationslagern bereits im Werk von Isaac Bashevis Singer findet, dem jiddischen Schriftsteller und Nobelpreisträger, der in den 1930er Jahren vor den Deutschen aus Polen in die USA floh. In seiner Kurzgeschichte *Der Briefschreiber* beschreibt Singer Massentierhaltung als „ewiges Treblinka“, was vermutlich wiederum die fiktive Figur der Elizabeth Costello im Theaterstück von Coetzee inspiriert hat.³⁶

36 Siehe Richard Alan Northover, *J.M. Coetzee and Animal Rights: Elizabeth Costello's Challenge to Philosophy*, Diss., University of Pretoria, 2010. S. 37.

Durch die oberflächliche Konstatierung angeblich antisemitischer Vorfälle entledigt sich RIAS der Notwendigkeit, ihre Klassifizierungskriterien zu erläutern, nach denen sowohl Coetzee als auch Singer als Antisemiten eingestuft werden müssten. Unter Auslassung von Einzelheiten, die Nachfragen nach sich ziehen würden, aber mit ausreichend Angaben, um den Antisemitismusvorwurf zu rechtfertigen, stellt RIAS auf diese Weise unter Beweis, wo für sie die Grenzen freier Meinungsäußerung verlaufen.

Der RIAS-Bericht zu „Antisemitismus im Theater“ veranschaulicht einen weiteren Aspekt der Arbeitsmethode: das häufige Zitieren ohne Kontext. Nach RIAS sind bestimmte Äußerungen automatisch antisemitisch, egal, wer sie wem gegenüber und zu welchem Zweck tätigt. Jede Kontextanalyse wird durch diesen Automatismus überflüssig: Ein Tatort, eine Demonstration, ein privates Gespräch oder eine Theaterbühne werden so zu gleichwertigen und ähnlich wahrscheinlichen Kulissen für Antisemitismus.

Diese Herangehensweise fußt ebenfalls auf einer mangelhaften Interpretation der in der IHRA-Definition angehängten Beispiele. Auf ihrer Webseite formuliert [RIAS](#) die IHRA-*Beispiele* für antisemitische Vorfälle zu konkreten Erkennungszeichen von Antisemitismus um. Dabei geht RIAS sogar so weit, den IHRA-Beispielen Untertitel hinzuzufügen (beispielsweise „[Grundzüge antisemitischer Erscheinungsformen](#)“) und bearbeitet den Text so, dass die Beispiele als integraler Teil der Arbeitsdefinition erscheinen.³⁷

37 Für weitere Details zur „Anpassung“ der IHRA-Definition durch RIAS siehe die Einleitung dieses Berichts.

Laut RIAS macht die Verwendung konkreter Beispiele die Stärke der Definition aus. Andere Definitionen, die Zusammenhänge betonen, blieben „in den zentralen Fragen, ob ein Sachverhalt antisemitisch ist, sehr vage“.³⁸ Dabei wird ignoriert, dass die IHRA-Definition selbst fordert, jeden Vorfall „immer mit Blick auf den jeweiligen Gesamtkontext“ zu analysieren. Seitdem die Europäische Stelle

38 Vertreter*innen des Bundesverband RIAS haben die [Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus](#) (JDA) kritisiert, vor allem, weil sie nicht „das genaue Verhältnis von Text und Kontext beschreibt“. Tanja Kinzel und Daniel Poensgen, Bundesverband RIAS, [Wie lässt sich Antisemitismus erkennen? Chancen und Grenzen der IHRA-Arbeitsdefinition](#).

zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) 2005 die Erarbeitung der ersten Fassung der IHRA-Arbeitsdefinition in Auftrag gegeben hatte, wurde (und wird) gerade die Rolle von Kontext, besonders in Verbindung mit dem Nahost-Konflikt, international intensiv debattiert. Damals, 2005, rangen die verschiedenen jüdischen Organisationen und Beteiligten der EUMC mit der Frage, welche Bedeutung dem Kontext zukommen sollte. Schließlich wurde eine Nachbemerkung angefügt, um „Sorgen zu beschwichtigen, dass sonst Kritiker israelischer Politiker unverdient in Verdacht des Antisemitismus gerieten“.³⁹

39 Jamie Stern-Weiner, [The Politics of a Definition](#), 2021, S. 17.

Dr. Juliane Wetzel, zur Zeit des Interviews Historikerin am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, betont ebenfalls die Bedeutung von Kontext in der IHRA-Definition. Vor allem die Beispiele über Israel, so Wetzel, machten deutlich, „dass der Kontext bei der Bewertung, ob etwas als antisemitisch verstanden werden kann oder nicht, eine zentrale Rolle spielt“. Es gebe Äußerungen, „die im Sinne der Meinungsfreiheit – wenn auch äußerst kritisch vorgebracht – keine antisemitische Konnotation aufweisen, in anderem Zusammenhang, diese aber wohl antisemitische Stereotype bedienen können. Demnach kommt es meistens auf den Kontext an“.⁴⁰

40 Juliane Wetzel, [Ein Kommentar zum Gutachten von Peter Ullrich über die 'Working Definition of Antisemitism' der International Holocaust Remembrance Alliance \(IHRA\)](#).

Juliane Wetzel ist seit 2000 Mitglied der deutschen Delegation der IHRA und war in frühen Phasen an der Erarbeitung der Definition beteiligt.⁴¹ Sie war zudem Mitglied des Unabhängigen Expertenkreises des Bundestags, der RIAS den Weg zur bundesweiten Expansion ebnete.

41 Sie ist zudem Ko-Autorin der Studie [Manifestations of anti-Semitism in the European Union](#) von 2003, die die ursprüngliche EUMC-Definition überhaupt erst ermöglicht hat. Den Weg vom Artikel zur EUMC-Studie hat Antony Lerman in seinem [Blogpost](#) vom 02.06.2011 ausführlich beschrieben.

Im Interview lobt Wetzel große Teile der Arbeit von RIAS: die größere Aufmerksamkeit für Antisemitismus innerhalb der Polizei und der Justiz sowie die Möglichkeit von Betroffenen, antisemitische Vorfälle zu melden, ohne zur Polizei gehen zu müssen. Zugleich äußert sie jedoch auch Bedenken: „Mit Sicherheit kommt immer mal wieder die Frage auf, ob alles [was von RIAS erfasst wird] auch wirklich als antisemitisch eingestuft werden kann. Gerade bei israelbezogenem Antisemitismus gibt es eine Grauzone, bei der man immer auf den Kontext schauen muss“.

Wetzel räumt ein, dass RIAS mitunter „einseitig“ sein kann „und dabei übergeht, in welchem Kontext, zu welchem Zweck und vor welchem politischen Hintergrund etwas gesagt wird“. Diese Gleichgültigkeit gegenüber dem jeweiligen Kontext „kann dazu führen, dass alles, was möglicherweise antisemitisch sein könnte, inflationär auch so eingestuft wird“. Zu Beginn hat Wetzel das Projekt von RIAS uneingeschränkt unterstützt, ist aber inzwischen „etwas skeptischer“. Aus ihrer Sicht könnte die Organisation durchaus „wissenschaftlichen Rat und wissenschaftliche Expertise“ gebrauchen.

Im Moment allerdings passt der Checklisten-Ansatz von RIAS zur Verfahrensweise der Organisation, die sich hauptsächlich auf die Erfahrung und Deutung der Opfer oder der Zeug*innen konzentriert und den breiteren Kontext nur begrenzt berücksichtigt. Tatsächlich war genau dies die Motivation dafür, die EUMC-Definition (aus der später die IHRA-Definition wurde) einzusetzen. RIAS-Gründer Steinitz [erklärte](#) 2014, dass mit ihr „ein übergreifendes Verständnis von Antisemitismus gelingt, das die unterschiedlichen Erscheinungsformen unabhängig von Träger-Gruppen auf Grundlage inhaltlicher Kriterien beschreibt und die Perspektive der im Alltag unmittelbar von Antisemitismus Betroffenen

in den Mittelpunkt stellt“. Die Definition der EUMC sei deswegen ein „praktische[r] Leitfaden für die Erkennung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle“.

In der Praxis erzeugt dieses automatische Abhaken ohne Kontext oder inhaltliche Betrachtung eine wilde Mischung aus angeblich antisemitischen Akteur*innen, wie sie in der Datenbank von RIAS auftauchen: radikale Islamisten und jüdische Organisationen, Neonazis und israelische Politaktivist*innen, Künstler*innen, Antisemitismusforscher*innen, selbst ein Jude, der vor den Nazis geflohen ist – für sie alle hat RIAS irgendwann ein Häkchen gesetzt.⁴²

Eine antisemitische Liebesgeschichte

Zahlreiche Äußerungen, die RIAS ohne Kontext und auf fragwürdige Weise als antisemitisch einstuft, entstammen der Situation in Israel-Palästina und der Kritik an israelischer Politik. Diese Dynamik lässt sich in der zweiten Fallstudie dieses Kapitels erkennen, der Aufführung und letztlich Absetzung des Stücks *Vögel* des libanesisch-kanadischen Dramatikers Wajdi Mouawad am Metropoltheater München.

Das preisgekrönte Stück erzählt eine jüdisch-arabische Liebesgeschichte über Ländergrenzen hinweg und beschäftigt sich mit historischen Traumata im Kontext des Nahostkonflikts. Es wurde auf der ganzen Welt aufgeführt, bevor RIAS feststellte, dass es mit „antisemitische[n] Tropen“ durchzogen sei.⁴³ Entstanden aus einem Workshop mit israelischen und arabischen Autor*innen und Schauspieler*innen und mit Förderung der israelischen Botschaft wurde das Stück 2017 in Paris mit einem diversen Ensemble uraufgeführt. Es folgten Aufführungen weltweit, unter anderem in verschiedenen Städten in Deutschland wie auch am Cameri-Theater in Tel Aviv, und überall wurde das Stück überaus positiv aufgenommen. Kein einziger Antisemitismusvorwurf wurde geäußert, nicht gegen das Stück, nicht gegen den Autor – und auch nicht gegen seine historische Beraterin, die renommierte kanadisch-amerikanisch-jüdische Wissenschaftlerin Prof. Dr. Natalie Zemon Davis. Die einzigen Proteste kamen von lokalen BDS-Gruppen in der Schweiz und in Frankreich – aufgrund der Förderung durch die israelische Botschaft. Doch dann kam das Stück nach München.

Nach nur vier Aufführungen wurde *Vögel* in München abgesetzt. Mitglieder der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) hatten sich von Dialogzeilen im Stück „entsetzt“ gezeigt und die Absetzung gefordert; eine öffentliche Debatte folgte. RIAS Bayern schloss sich den Studierenden an und urteilte in einer Pressemitteilung, dass „auf Grundlage der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus und unter Berücksichtigung des stückimmanenten Kontexts [...] diverse Passagen der Aufführung als antisemitisch einzustufen“ sind, gefolgt von einer achtseitigen Analyse, die zu einem ähnlichen Ergebnis kam.⁴⁴

Zwar berücksichtigte die Analyse, dass „[e]inzelne Aussagen von Theaterfiguren nicht ohne Kontext [...] gewertet werden [können]“ und fügte dem hinzu: „Ein Kunstwerk (ent)steht in einem gesellschaftlichen Kontext und in einer ebensolchen Auseinandersetzung“. Dennoch ignorierte RIAS den Kontext der israelisch-arabischen Zusammenarbeit hinter der Inszenierung und die erfolgreichen Aufführungen in Tel Aviv. Außerdem wurde die Beteiligung von

42 Siehe zum Beispiel die Organisation Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost (vgl. die gemeinsame Veröffentlichung von RIAS mit der Organisation IIBSA); den Antisemitismusforscher Prof. Dr. Moshe Zimmermann (siehe Einleitung); und den österreichischen Dichter Erich Fried, der nach London floh, nachdem die Gestapo seinen Vater ermordet hatte (siehe Kapitel 4).

43 Dimensionen des Antisemitismus in ‚Vögel‘ und in der Abwehr der Kritik, 2022, S. 2.

44 Vor der Analyse hatte der bayrische Antisemitismusbeauftragte eine „genaue Prüfung des Stückes“ gefordert.

Zemon Davis gegen das Stück ins Feld geführt: RIAS behauptete fälschlicherweise, sie sei Unterstützerin der „antisemitische[n] Boykottkampagne BDS“.⁴⁵

Auch den israelischen Kontext des Stücks ignorierte RIAS. Dialoge, in denen israelische Charaktere so über den Holocaust sprechen, wie es auch Israelis oftmals tun – sie vergleichen ihn mit der Unterdrückung der Palästinenser*innen, beschuldigen ihre Regierung, ihn zu instrumentalisieren oder machen makabre Witze darüber – stellten für RIAS belastende Fälle von „Holocaust-Verharmlosung“ dar. Obwohl RIAS zugab, dass sich solche Äußerungen „leicht als ‚Ironie‘, ‚normale jüdische Position‘ oder ‚alltägliche Sprache‘ in jüdischen Familien abwehren lassen“, bestand man dennoch auf die inkriminierende Einstufung, weil „tatsächlich Antisemitismus gerade dadurch normalisiert wird, dass ihn Figuren verbreiten, die das vermeintlich dürfen, weil sie jüdisch oder gar Überlebende der Schoah sind“.

Dieses letzte Zitat beweist, dass RIAS sehr wohl den Kontext der Äußerungen versteht und dass ihre Expert*innen auch wissen, dass die Dialoge, an denen israelische Autor*innen beteiligt waren, ein realistisches Bild zeichnen. Warum werden sie dann trotzdem als Beispiele von Antisemitismus dargestellt?

RIAS wirft Vögel zudem die Dämonisierung von Israel vor und zitiert dafür eine Dialogzeile, in dem der israelische Premierminister im Stück auf einen Terroranschlag mit der Ankündigung reagiert, künftige Militäreinsätze hätten das Ziel, „die Mörder, die unsere Nation angegriffen haben, auszurotten“. RIAS weist die Darstellung des Politikers als „emotionslos“ und die israelische Reaktion als „unmenschlich und überzogen“ ab. Aber jeder, der oder die sich in der israelischen Politik auskennt, weiß, dass es sich hier nicht um einen antisemitischen Topos, sondern um eine in Israel durchaus geläufige politische Ausdrucksform handelt.⁴⁶

Zugleich konstruiert RIAS aber auch Kontexte, wo es keine gibt: Eine jüdische Figur im Stück sagt: „Ich wäre heute lieber kein Palästinenser“. Laut RIAS ist das ein Verweis auf ein Zitat von Hermann Göring von 1938, dass er „kein Jude in Deutschland sein“ möchte. Solche Vergleiche zeigen den eindimensionalen Fokus, mit dem RIAS arbeitet, und die großen interpretatorischen Anstrengungen, die unternommen werden, um Sätze als antisemitisch klassifizieren zu können – ohne Rücksicht auf andere mögliche Bedeutungen oder Interpretationen. Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel.

Laut RIAS' Analyse strotzt das Stück also nur so vor Antisemitismus. Dass dies wiederum fünf Jahre lang nicht erkannt wurde, hängt laut RIAS davon ab, „ob es in Kulturredaktionen einen ausgeprägten Blick für Antisemitismus gibt und inwieweit Antisemitismus gerade im Kontext des sogenannten Nahostkonflikts Normalität ist“.

⁴⁵ In einer E-Mail, die dem Verfasser vorliegt, schrieb die 95-jährige Historikerin, die im Oktober 2023 verstorben ist: „I have never been a supporter of BDS. This is just a defamatory remark by the RIAS people“.

⁴⁶ Solche Verkündungen gibt es bei jedem Militäreinsatz. So forderte Außenminister Shimon Peres etwa im Jahr 2002 „die Ausrottung der Terrornester“; 2014 erklärte Außenminister Avigdor Lieberman, „dass es möglich ist, Hamas auszurotten“, und 2022 verlangte Verteidigungsminister Benny Gantz „die Bedrohungen durch unsere Feinde zu beseitigen“.

Eternalismus und seine Risiken

Die Bereitschaft von RIAS, den Kontext von Vorfällen teils gänzlich zu ignorieren, basiert auf dem eternalistischen Antisemitismusverständnis der Organisation. In einem Interview mit dem Berliner Stadtmagazin *tip* erklärte RIAS-Geschäftsführer Benjamin Steinitz im Jahr 2018 die Herangehensweise der Organisation. Auf die Frage, ob RIAS zwischen „rechtsextremem und muslimischem Antisemitismus“

unterscheide, antwortete Steinitz, es gäbe „vor allem einen Antisemitismus – der sich in unterschiedlichen Kontexten ausprägt, aber eine Weltanschauung ist, die sich in unterschiedlichen Regionen der Welt seit 2000 Jahren immer wieder neu begründet“.

Mit diesem Blick auf Antisemitismus als einzelnes, unveränderbares Phänomen in unterschiedlichen Manifestationen steht RIAS beileibe nicht allein da.⁴⁷ Wie bereits erwähnt, existiert in der Forschung dafür der Begriff des „Eternalismus“ und die Bezeichnung „Ewigkeitsargument“. Laut Prof. Dr. Uffa Jensen, Historiker am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, geht es dabei um „die Annahme, dass Judenfeindschaft eigentlich seit der Antike immer die gleiche Struktur hat und deswegen auch unterschiedslos als Antisemitismus bezeichnet werden kann“.⁴⁸

47 Siehe z.B. Kenneth L. Marcus, *The Definition of Anti-Semitism*, Oxford University Press: Oxford, 2015, S. 88.

Auf die Frage, ob „Eternalismus“ sich einer bestimmten politischen Strömung zuordnen lässt, antwortete Jensen, dass zwar Forscher*innen mit unterschiedlichen politischen Haltungen damit arbeiten würden, es „dennoch eine revisionistische, rechtszionistische Schule [gibt], der etwa Historiker wie Ben Zion Netanyahu oder Robert S. Wistrich angehören. [...] Dabei spielt stets auch eine Rolle, dass in der logischen Konsequenz des Ewigkeitsarguments [von Antisemitismus] jüdisches Leben in der Diaspora eigentlich keinen Sinn macht, ja gefährlich und blauäugig ist“.

48 Interview mit dem Verfasser am 07.01.2022.

Außerhalb des akademischen Betriebs kann das Ewigkeitsargument weitreichende Konsequenzen haben, vor allem in Bezug auf die kontroverseren Vorfälle, die RIAS erfasst. Wenn Antisemitismus als singuläre, homogene Kraft verstanden wird, die immer aus derselben Quelle schöpft, ergibt es auch keinen Sinn, von unterschiedlichen Bedrohungsstufen zu sprechen: Alle Vorfälle sind Köpfe derselben Hydra und besitzen daher das gleiche Schadenspotential.

Die Unterschiede zwischen verschiedenen Formen des Antisemitismus auszublenken, kann dazu führen, dass die Bedeutung einzelner Vorfälle überbetont wird. Als Beispiel hierfür taugt das Fazit des [Berichts](#) von RIAS Berlin über das Jahr 2019. Darin wurden 881 Vorfälle erfasst, darunter 33 „Angriffe“ und 59 „Bedrohungen“. Der Bericht wurde durch eine [Pressemitteilung des Berliner Justizsenators](#), einen [Bericht der EU-Agentur für Grundrechte](#) und die [Medien](#) verbreitet. Die Zusammenfassung lautete: „zwei [antisemitische Vorfällen] pro Tag in Berlin“.

Die öffentliche Resonanz war verständlicherweise groß. Schließlich war 2019 auch das Jahr, in dem ein bewaffneter Neonazi versuchte, an Jom Kippur in die Synagoge in Halle einzudringen – ein Vorfall, der tatsächlich auf drastische Weise veranschaulichte, wie lebensbedrohlich Antisemitismus sein kann. Die Zahlen aus dem Jahr 2019 für Berlin wurden von RIAS in diesem Kontext veröffentlicht, wodurch der Eindruck entstand, dass ähnlich mörderische Anschläge wie der in Halle auch in Berlin täglich vorkommen könnten.⁴⁹

49 Siehe z.B. *Times of Israel*, [German monitor finds rise in anti-Semitic incidents after Halle synagogue attack](#), 09.05.2020.

Zu diesen 881 Vorfällen gehörten aber unter anderen die Entdeckung von „mehreren Stickern der BDS-Kampagne („BOYCOTT APARTHEID MADE IN ISRAEL“)“ am 27. Februar auf einer Straße in Berlin und ein Fall, der sich im April ereignet hatte und einen Grundschüler in Berlin-Friedenau betraf. Dieser hatte einem jüdischen Mitschüler einen antisemitischen Witz erzählt, woraufhin die Lehrerin

des Schülers „sofort reagierte und dem Jungen erklärte, dass diese Art von Inhalten inakzeptabel sind“.⁵⁰

50 *RIAS-Chronik*, 26.02.2019 und 11.04.2019.

Selbst wenn man beide Vorfälle als antisemitisch einstuft, ist ihre Präsentation in dieser Form alles andere als erkenntnisfördernd.

Der Politikwissenschaftler Dr. Michael Kohlstruck stellte schon vor einigen Jahren fest, dass die Homogenisierung und Essentialisierung von Antisemitismus als „transhistorische, identische Substanz“ und die Erinnerung an den Holocaust als dessen reinste Ausprägung jedem Ereignis, das als antisemitisch bezeichnet wird, „die Natur der größten Gefahr“ zuschreiben würde.⁵¹ Das Ergebnis sei eine emotionale Dramatisierung, in der „die Empörung über den historischen Völkermord als ein bestimmtes und besonderes antisemitisches Phänomen für alle anderen antisemitischen Phänomene beansprucht“ werde. Die unbedachte Verwendung des Antisemitismusbegriffs innerhalb eines eternalistischen Frameworks führe deswegen dazu, dass Vorfälle, „die man ohne diese Bedeutungsrahmung der leichten Kriminalität zuordnen würde“, im selben Spektrum wie der Holocaust stünden.⁵²

51 Michael Kohlstruck, „Zur öffentlichen Thematisierung von Antisemitismus“, in: Wolfgang Benz, *Streitfall Antisemitismus: Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen*, Metropolis: Berlin, 2020, S. 134.

52 Ebd., S. 141–142.

Diese Taktik zeigt sich in der Tat in RIAS’ Berichten und in den Hinweisen auf antisemitische Vorfälle; alle Arten von Fällen, große und kleine, werden unter einem einzigen, alarmierenden Titel zusammengefasst.

Zahlreiche Gelegenheiten

Der Eternalismus zieht weitere Konsequenzen nach sich. Wenn Antisemitismus ein singuläres, konstantes Phänomen mit unterschiedlichen Manifestationen darstellt, dann spielen Kontext und Zusammenhang eines einzelnen Vorfalls nur eine untergeordnete Rolle. Ein eternalistisches Verständnis von Antisemitismus begünstigt daher die von RIAS betriebene Kontextausblendung bei der Erfassung von Vorfällen.

In diesem Sinne scheint RIAS die Ansicht zu vertreten, dass sich hinter jedem einzelnen, von ihr beschriebenen Sachverhalt derselbe immerwährende Antisemitismus verbirgt. In der Einleitung einer Sonderausgabe im Zuge der Eskalation im Gazastreifen und der zivilen Unruhen in Israel-Palästina im Mai 2021 verweist RIAS auf die vielen von der Organisation erfassten Vorfälle, bei denen „immer wieder antisemitische Dynamiken“ festgestellt wurden. Ursächlich dafür seien „meist exogene Faktoren wie der palästinensisch-israelische Konflikt, bestimmte historische Jahrestage oder gesellschaftliche Konstellationen“, die zusammen mit den sozialen Medien „die Gelegenheitsstrukturen etablieren, die antisemitisch Handelnde motivieren und damit Vorfälle und Gewalt begünstigen“.⁵³

53 Ähnliche Erklärungen finden sich in mehreren Veröffentlichungen von RIAS.

Alle Handelnden erscheinen in dieser Beschreibung de facto als antisemitisch und die Ergebnisse ihres Handelns als Antisemitismus; Ursache und Wirkung sind im Grunde identisch. Der Kontext – ein Moment der Gewalt im Nahen Osten, die COVID-19-Pandemie⁵⁴ und andere „exogene“ Faktoren – ist nur am Rande von Bedeutung und schafft lediglich die Gelegenheit, damit sich dieser ewige Hass immer und immer wieder manifestieren kann.

54 „Die Pandemie wurde zu einer gesellschaftlichen Gelegenheitsstruktur für Antisemitismus“, analysiert Benjamin Steinitz von Rias“. *Antisemitismus: Die Pandemie als Vorwand*, *Neues Deutschland*, 19.04.2021.

Die Antisemitismus-Analyse von RIAS wirft allerdings die Frage auf, wie genau die Organisation unser Verständnis des Phänomens, vor allem in Hinblick auf die Möglichkeiten seiner Bekämpfung, vertiefen will. Schließlich sei es, wie

die Bundesregierung in ihrer Begründung für die finanzielle Förderung von RIAS festhält, ein ausdrückliches Ziel der Organisation, „zusätzliche Erkenntnisse [zu gewinnen], die helfen können, das Gesamtbild über das Phänomen des Antisemitismus in Deutschland zu erhellen, auch und gerade, um damit eine bessere Grundlage für noch gezieltere Präventionsarbeit zu erhalten“.⁵⁵ Wenn Kontextfaktoren als reine Mittel für eine historisch unveränderliche und erbarmungslose Kraft fungieren, wie kann daraus irgendeine Form von Wissen abgeleitet werden und wie kann eine Prävention zukünftiger Vorfälle überhaupt aussehen?⁵⁶

Ein Ansatz, der Vorfälle von ihren spezifischen Umständen loslöst und sie als bloße „Gelegenheiten“ abtut, wird tatsächlich kaum zu mehr Klarheit über die Ursachen des Antisemitismus führen. Uffa Jensen merkt darüber hinaus an, dass dieser Ansatz antisemitische Fälle von ihren politischen Hintergründen löse. „Ich bin davon überzeugt, dass Antisemitismus ziemlich oft Bestandteil eines politischen Programms, einer politischen Ideologie ist. Wenn alles, egal aus welchem Lager es stammt, unterschiedslos als der gleiche Antisemitismus zu gelten hat, dann droht damit aus meiner Sicht eine Entpolitisierung der Antisemitismusforschung. Die zunehmende öffentliche Betonung einer moralischen Dimension, nach der Antisemitismus das Problem einer bösen Persönlichkeit ist, trägt dazu bei“.

Andere Beweggründe ausgeschlossen

Wenn man ein konkretes Ereignis lediglich als Vehikel für ein bestimmtes, zuvor bereits definiertes Phänomen betrachtet, ohne auf den Kontext zu achten, dann wird dieses Vorgehen umso problematischer, je explizit politischer der jeweilige Kontext tatsächlich ist. Solche Fälle mögen immer wieder äußerst kontrovers sein, doch ihren Kontext schlicht als irrelevant abzutun, verhindert eine politische Diskussion, blendet wichtige Fakten aus und blockt mögliche Gegennarrative und -argumente ab.

Ein Beispiel dafür stammt vom Juni 2021. Auf der Heckscheibe eines Autos in Bamberg wurde laut RIAS ein Aufkleber „in der Form des Gebiets zwischen Jordan und Mittelmeer“ entdeckt. „Dies umschließt also das heutige Israel, die Westbank und den Gazastreifen“. Da dieses Gebiet mit „Palästina“ auf Arabisch beschriftet war, folgerte RIAS, dass „Israel also nicht existieren dürfte“.⁵⁷

Das Kartenmotiv findet sich in der Datenbank von RIAS sehr häufig und wird oft in ihren Veröffentlichungen und Berichten erwähnt. Ihre Begründung dafür ist aber mehr als dünn und einseitig. Beide Seiten des Konflikts, Israelis und Palästinenser*innen, beanspruchen dasselbe Gebiet und benennen es unterschiedlich. Dieselben Umrisse, ohne besondere Markierung der palästinensischen Gebiete, gehören zum Alltag der israelischen Bevölkerung, angefangen beim Wetterbericht bis hin zu offiziellen Veröffentlichungen.⁵⁸

Dieser Aufkleber ist also in einem komplizierten Kontext entstanden. Er ist eine Form der „Gegenkartographie“, die in territorialen Konflikten häufig verwendet wird. Aber sie ist auch Teil eines nationalistischen Diskurses und seiner Symbolsprache. Für die palästinensische Diaspora, deren Mitglieder häufig direkte Nachkommen von Menschen sind, die 1948 von Israel zur Flucht aus dem

55 [Abschlussbericht des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus](#), 14.05.2021, S. 45.

56 RIAS veröffentlicht zwar Forschungsergebnisse, die aber, wie es bei Statistiken ohne Kontext zu erwarten ist, oberflächlich bleiben. Siehe z. B. die „vier Thesen“ der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen der Organisation auf Grundlage ihrer Arbeit in Berlin 2017 und 2019: 1. Antisemitismus gibt es in allen Bezirken, in unterschiedlichen Räumen und aus ganz unterschiedlichen Richtungen. 2. Die Zahl der erfassten antisemitischen Vorfälle nimmt in Berlin nicht kontinuierlich zu, es können aber bestimmte Dynamiken beobachtet werden, wenn „Anlässe und Debatten [...] antisemitische Täter_innen motivieren und damit antisemitische Gewalt ermöglichen“, z. B. die Ankündigung von US-Präsident Trump, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen. 3. Alle Arten des Antisemitismus (antijüdisch, antiisraelisch, Othering usw.) lassen sich in allen politischen Spektren finden. 4. Von 2017 bis 2019 haben die erfassten antisemitischen Vorfälle mit Bedrohungspotenzial in Berlin zugenommen. Daniel Poensgen und Julia Kopp, [Alltagsprägende Dynamiken: antisemitische Vorfälle in Deutschland](#).

57 RIAS Bayern, [Facebook](#), 20.06.2021. Der Vorfall war auch Teil der [Chronik](#) der Amadeu Antonio Stiftung.

58 Siehe z. B. [diese Veröffentlichung](#) des Bildungsministeriums, oder [diese](#) des Gesundheitsministeriums. Die geheime Entscheidung der israelischen Politik, die Grüne Linie zu tilgen, wurde einige Monate nach der Besatzung dieser Gebiete 1967 getroffen. Die lange geheim gehaltenen Unterlagen dazu wurden kürzlich veröffentlicht, siehe: Akevot, [Erasure of the Green Line](#), Juni 2022.

israelischen Kernland gezwungen wurden, haben die Umrisse eine besondere emotionale und identitätsstiftende Bedeutung.⁵⁹

59 Yair Wallach, "Trapped in mirror-images: The rhetoric of maps in Israel/Palestine", in: *Political Geography* 30 (2011), S. 358–369.

Dieser vielschichtige historische Kontext gerät jedoch aus dem Blick, sobald der Aufkleber lediglich als eine weitere Manifestation von Antisemitismus dargestellt wird. RIAS präsentiert letztlich auch den Nahostkonflikt als reinen Vorwand, als eine willkommene „Gelegenheitsstruktur“ für „antisemitische Akteure“. Die Identitäten, Erfahrungen und Narrative dieser Akteure haben demnach keine besondere Aufmerksamkeit und erst recht keine Anerkennung verdient. Ihre Handlungen haben keine Bedeutung und keine Berechtigung, sondern sind nur Vehikel für den ewig gleichen Antisemitismus. Anschuldigungen bezüglich israelischer Kriegsverbrechen, Politiken und Praktiken der Apartheid sowie strukturellen Rassismus werden so als moderne Version der Ritualmordlegende, der Brunnenvergiftung und der Verschwörungen der *Protokolle der Weisen von Zion* abgetan – sie sind dann nicht mehr als ein Update einer 2000 Jahre alten Erzählung.

3 Daten ohne Details

RIAS unterhält sehr aktive Kanäle in den Sozialen Medien und aktualisiert häufig die eigene Website. Dieses Kapitel widmet sich ihrer Außenkommunikation und untersucht, wie diese den Bias der Organisation widerspiegelt.

Der erste Teil betrachtet einen Bericht mit „ersten Erkenntnissen“, in dem der israelbezogene Antisemitismus in einem Bundesland deutlich überbetont wird. Der zweite Teil beschäftigt sich mit RIAS' jährlichen Abschlussberichten und legt dar, dass in ihnen wichtige Informationen verschleiert und der Öffentlichkeit verwirrende Statistiken präsentiert werden. Im dritten Teil schließlich wird die „Chronik“ antisemitischer Vorfälle von RIAS untersucht und Doppelungen sowie Wiederholungen aufgezeigt. Dabei wird deutlich, dass die bereits mehrfach angesprochene mangelnde Transparenz im Hinblick auf Methode und Datenerhebung die Arbeit von RIAS massiv unterminiert.

Nazis am Rand des Monitorings

Vor dem Aufbau einer neuen regionalen Stelle führt RIAS üblicherweise eine Umfrage innerhalb der örtlichen jüdischen Gemeinde durch. So kann eingeschätzt werden, wie Antisemitismus dort bislang wahrgenommen und wie mit ihm umgegangen wurde. Daneben werden auch Statistiken zu Antisemitismus von regionalen NGOs und der Polizei gesammelt.⁶⁰

Im September 2020 wurde solch eine regionale Stelle in Thüringen gegründet. Das Bundesland gilt als Hochburg der extremen Rechten, in dem berühmte Rockkonzerte und kriminelle Aktivitäten der florierenden Neonaziszene Strafverfolgungsbehörden und Öffentlichkeit seit vielen Jahren beschäftigen. Thüringen ist auch Sitz des radikalen völkischen Flügels der Alternative für Deutschland (AfD). Der Landesverband wird vom Verfassungsschutz überwacht, da er „als erwiesen rechtsextrem eingestuft“ wird. Zugleich wurde die AfD in Thüringen bei den Bundestagswahlen 2021 die stärkste Kraft und erhielt fast ein Viertel der Wählerstimmen. Im Juni 2023 gewann sie dort, im Landkreis Sonneberg, mit 52 Prozent der Stimmen bei einer Stichwahl ihren ersten Landratsposten. Gleichzeitig leben im Bundesland Thüringen die wenigsten Menschen mit Migrationshintergrund. Die jüdische Gemeinde ist die zweitkleinste Deutschlands, die Mehrheit der 667 eingetragenen Mitglieder ist bereits im Rentenalter.

RIAS nahm die Arbeit in Thüringen auf und sammelte Daten zu allen bekannten antisemitischen Vorfällen im Bundesland zwischen 2014 und 2019 aus

⁶⁰ Siehe Podiumsdiskussion zur Arbeit von RIAS Thüringen, 07.04.2021.

einer Vielzahl von Quellen: Vorfälle, die vom Bundesverband RIAS erfasst wurden, Informationen der Amadeu Antonio Stiftung, sowie Statistiken von zwei staatlich geförderten Vereinen, die Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Bundesland bekämpfen sollen ([MOBIT e.V.](#) und [ezra](#) [Hebräisch für „Hilfe“]). Beide ermöglichen die Meldung von Vorfällen auf ihren Websites und veröffentlichen dort ihre Dokumentationen. Der RIAS-Bericht [Antisemitismus in Thüringen – erste Erkenntnisse](#) erfasste insgesamt 126 Vorfälle in den ausgewerteten fünfeneinhalb Jahren, darunter vier Angriffe und acht Drohungen. Menschen mit „jüdische[m] Hintergrund“ waren von nicht weiter spezifizierten antisemitischen Vorfällen in nur fünf der 126 Vorfälle betroffen, womit Jüdinnen und Juden weniger als einmal pro Jahr Opfer von Antisemitismus wurden.

Jeder antisemitische Vorfall ist Grund zur Sorge, und „Antisemitismus ohne Juden“, wie es die Autor*innen des Berichts nennen, kann tatsächlich auch in Gegenden ohne eine nennenswerte jüdische Bevölkerung eine eigene, toxische Wirkkraft entfalten. Trotzdem stellt sich in Anbetracht dieser Zahlen die Frage, was RIAS an Erkenntnissen zu den bereits bestehenden lokalen Monitoring-Projekten beiträgt.

Die Organisation selbst benennt klar die Lücken, die sie füllen möchte. Das bereits bestehende und von der Zivilgesellschaft getragene Monitoring würde, laut RIAS, „nur einen Bruchteil der antisemitischen Vorfälle in Thüringen“ abbilden. Die bereits vorhandenen Chroniken erfassen „hauptsächlich Antisemitismus im Kontext von Rechtsextremismus und Neonazismus“. Nicht beachtet würde jedoch der Antisemitismus „im islamischen Spektrum [...], im linken Spektrum [...], sowie in der ‚Mitte‘ der Bevölkerung“. Ganz konkret, so RIAS, verdeckte der bisherige Fokus auf rechtsextremen Antisemitismus den „israelbezogenen Antisemitismus“.

Weiterhin merkt RIAS an, dass man in der Regel nur gewalttätige oder „anderweitig strafrechtlich relevant[e]“ Vorfälle erfasse. Stattdessen, so RIAS, sollten alle Vorfälle gesammelt werden, unabhängig von der Erscheinungsform oder ihrer Strafbarkeit. Und drittens beklagt die Organisation, dass die erfassten Vorfälle „bisher nicht zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Kontextualisierung und Analyse geworden“ seien.

Um ihren Schwerpunkt auf Vorfälle mit Israelbezug zu rechtfertigen, führte RIAS Thüringen drei Beispiele an:

- 1 2017 fand in Jena eine Demonstration mit zehn Personen statt. Dabei wurden BDS-Schilder gezeigt. Die Organisatorin erklärte in einem von RIAS zitierten Zeitungsartikel, dass es „in Jena keine BDS-Gruppe gebe“ und es sich um eine spontane Idee gehandelt habe.
- 2 2019 wurden in der Gedenkstätte Buchenwald in Weimar von der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) „anti-israelische Pamphlete“ verteilt.⁶¹
- 3 2017 sprach sich der Jenaer Bürgermeister Albrecht Schröter gegen die israelische Besatzung im Westjordanland aus und für eine Kennzeichnung von Produkten aus Siedlungen in den besetzten Gebieten.⁶²

61 Gegen diese Vorfallbeschreibung durch den Antisemitismusbeauftragten von Thüringen ist die MLPD [erfolgreich juristisch vorgegangen](#).

62 RIAS zitiert dafür eine kritische [Stellungnahme](#) der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. Die Rede kann [hier](#) angesehen werden.

Anhand dieser Beweise erklärte RIAS ihr Ziel, „künftig alle antisemitischen Vorfälle ungeachtet ihres politischen Hintergrunds und ihrer Motive zu dokumentieren und ihnen entgegenzutreten“.

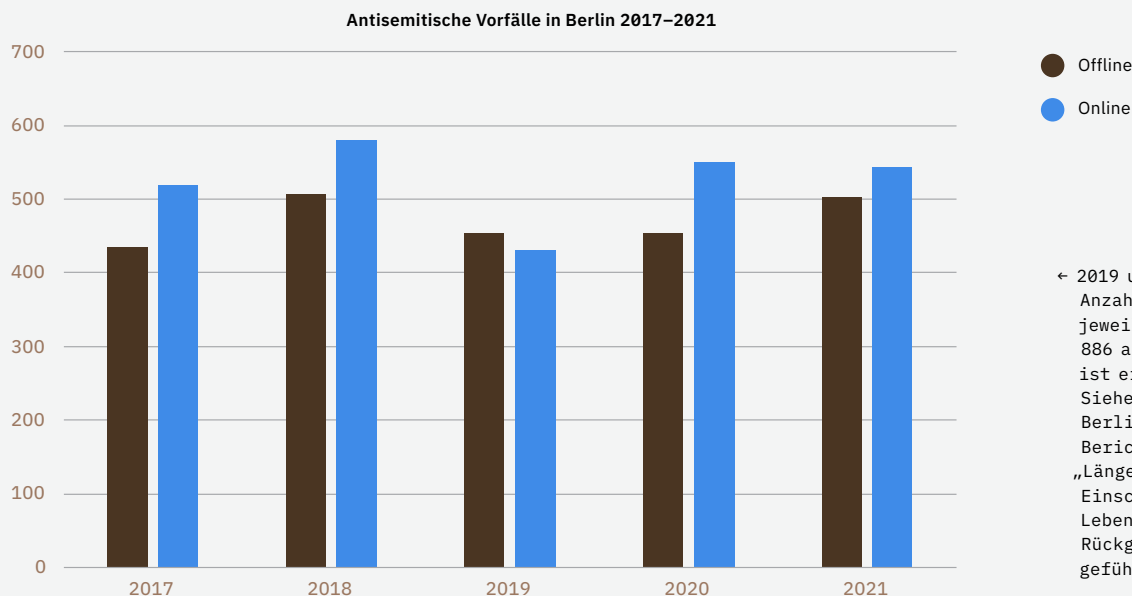
Der erste Jahresbericht von RIAS Thüringen ordnet auf Grundlage ihres eigenen Monitorings im Jahr 2021 27 Prozent aller Vorfälle dem israelbezogenem Antisemitismus zu. Der Bericht enthält keine Informationen über diese Vorfälle und nennt auch keinen Beispielfall – für RIAS ungewöhnlich.

Laut der RIAS-Zusammenfassung waren im Jahr 2021 37 Prozent der mutmaßlichen Täter*innen rechtsextrem, 25 Prozent unbekannt und 19 Prozent anti-israelische Aktivist*innen. Für ein Bundesland, in dem Tausende von Nazis an Veranstaltungen wie Rock gegen Überfremdung teilnehmen und die Sicherheitsbehörden mehr als 2000 aktive Rechtsextreme identifiziert haben, muss das überraschen. Zum Vergleich, im Jahr 2021 wurden in Thüringen 64 antisemitische Straftaten polizeilich erfasst. Mit Ausnahme einer Straftat, die nicht politisch zuzuordnen war, wurden von der Polizei alle dem Rechtsextremismus zugeordnet. Ein Sozialwissenschaftler aus Thüringen, der in der Antisemitismusprävention arbeitet und anonym bleiben möchte, merkt dazu an: „Es muss tatsächlich erklärt werden, warum in einem Bundesland mit einer faschistischen Partei im Landtag nur ein Drittel aller antisemitischen Vorfälle aus der rechten Szene kommen sollen. Sich die Kreise um die AfD genauer anzusehen, statt sich auf irgendwelche Berichte zu verlassen, würde sofort die Gewichtung verschieben“.⁶³

63 Telefonat mit dem Verfasser, 07.10.2021.

Onlineräume

Zudem wird gerne übersehen, dass in manchen Bundesländern in bestimmten Jahren ein Großteil der von RIAS erfassten antisemitischen Vorfälle online stattfindet. Eine Analyse der Berichte von RIAS Berlin zeigt zum Beispiel, dass die Fluktuation der Vorfälle in den letzten Jahren von diesen Online-Fällen herrührt:



← 2019 und 2020 fand eine ähnliche Anzahl von „Offline-Fällen“ statt, jeweils ca. 450. Der Anstieg von 886 auf 1004 Vorfälle insgesamt ist eine Folge der Online-Fälle. Siehe die Jahresberichte von RIAS Berlin für 2020 und 2019. Im Bericht für 2020 schreibt RIAS: „Längere Lockdown-Phasen und Einschränkungen des öffentlichen Lebens haben nicht zu einem Rückgang antisemitischer Vorfälle geführt“.

Für einige Kategorien divergiert das Verhältnis zwischen On- und Offlinefällen noch stärker: 77 Prozent aller „israelbezogenen“ Vorfälle finden online statt, also in Form von E-mails oder Kommentaren in den sozialen Medien. 2019 waren

es 80 Prozent.⁶⁴ Aus diesen Zahlen ergeben sich dann Schlagzeilen wie „Mehr als 1.000 antisemitische Vorfälle in Berlin registriert“, wodurch ein deutlich verzerrtes Bild des Antisemitismusproblems in der Stadt entsteht.⁶⁵

Auch muss präzisiert werden, was unter einem Online-Vorfall zu verstehen ist. RIAS behauptet, strenge Regeln einzuhalten, wenn sie Vorfälle in ihre Berichte aufnimmt, und diese nur zu zählen, „wenn sie direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind“.⁶⁶

Die Daten zeigen, dass alles und jede*r Empfänger*innen von antisemitischen Äußerungen sein können, vom Twitteraccount einer Bundestagsfraktion bis hin zu einem nichtjüdischen „Antisemitismuskritiker“.⁶⁷ Unter „Äußerungen“ wird dabei jede Art von Text in den sozialen Medien verstanden: Facebook-Kommentare, private Nachrichten auf Dating-Apps, Antworten auf Tweets oder Tags auf Instagram. Manchmal finden sie sich sogar auf Google Maps, wie in einem Fall von 2019, „bei dem ein israelisches Restaurant eine antisemitische Google-Bewertung [erhielt], in der u. a. steht: ‚Wer ECHTE falafel haben will geht zum Araber und nicht zum Juden‘“.⁶⁸

RIAS' komplexes Klassifizierungs- und Kategorisierungssystem beinhaltet eine dreistufige geographische Angabe (zum Beispiel Stadt, Stadtteil und Einrichtung, wie etwa „Synagoge“), betroffene Parteien (Institutionen, Einzelpersonen oder keine) und dazu Subkategorien (jüdisch, nichtjüdisch, Politiker*in etc.), die Form des Antisemitismus („modern“, „anti-judaistisch“, „israelbezogen“, usw.) sowie der politische Hintergrund der vermeintlichen Tatperson, soweit er einzuordnen ist („rechtsextrem/-populistisch“, „verschwörungstheoretisch“, „anti-israelischer Aktivismus“, „Islam/Islamismus“, „politische Mitte“, „links/anti-imperialistisch“ und „christlich/christlich-fundamentalistisch“).

Diese Kategorien zusammen mit zeitlichen Angaben ermöglichen eine Fülle von statistischen Analysen, die RIAS ausgiebig zur Verfügung stellt. Ein typischer Absatz im 70-seitigen Berliner Bericht für 2020 liest sich dann folgendermaßen:

Die 176 von antisemitischen Vorfällen betroffenen jüdischen und israelischen Einzelpersonen gehen auf insgesamt 146 Vorfälle zurück, 14,1% mehr als im Vorjahr (128). Unter diesen Vorfällen sind neun Angriffe, sechs gezielte Sachbeschädigungen, 14 Bedrohungen, 82 Fälle verletzenden Verhaltens und 35 Massenzuschriften. Zwar ging die Anzahl der Angriffe und Bedrohungen gegen Jüdinnen_Juden und Israelis von den bisherigen Höchstwerten 2019 (17 Angriffe, 21 Bedrohungen) zurück. Doch dokumentierte RIAS Berlin insgesamt mehr antisemitische Vorfälle, von denen jüdische und israelische Einzelpersonen betroffen waren, als in jedem anderen Jahr seit 2015.

Diese Analysen sind aufschlussreich, werden aber auf verwirrende Weise präsentiert. Es ist daher umso ärgerlicher, dass RIAS weder ihre gesamte Datenbank, zumindest in anonymisierter Form, für die Forschung zur Verfügung stellt noch die Möglichkeit anbietet, Nachfragen zu den Daten zu stellen.

Eine dieser Fragen könnte beispielsweise sein: Wie viele jüdische Personen sind von „offline“-Antisemitismus betroffen, also von Antisemitismus, der nicht

64 Jahresberichte von RIAS Berlin für 2019 und 2020: 33,7 Prozent der 886 Vorfälle im Jahr 2019 wurden als „israelbezogen“ eingestuft, insgesamt 298 Fälle. 2019 wurden 454 Offlinefälle gezählt, nur 13,2 Prozent von ihnen galten als israelbezogen, was 60 Fälle offline bedeutet. Die anderen 238 waren dementsprechend online, insgesamt 79,9 Prozent aller Vorfälle mit Israelbezug.

65 Siehe auch: Der Spiegel, Rund tausend antisemitische Vorfälle registriert, 19.04.2021. Neue Veröffentlichungen von RIAS werden medial häufig auf diese Weise kommentiert. Diese beträchtlichen Zahlen entstehen womöglich dadurch, dass es in Berlin viele jüdische und israelische Einrichtungen mit Onlinepräsenz gibt.

66 Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen, siehe auch Bemerkungen von Rebecca Seidler, Mitbegründerin des RIAS-Bundesverbands, bei einem Onlinepanel der Amadeu Antonio Stiftung, 19.10.2021.

67 RIAS-Chronik, 22.07.2020.

68 RIAS-Chronik, 01.04.2019.

in den sozialen Medien stattfindet? Diese ziemlich simple Frage beantwortet der Berliner Bericht für 2020 nicht. Stattdessen erfahren wir, dass

- / 180 Vorfälle (mit jüdischen und nichtjüdischen Betroffenen) persönliche Begegnungen enthielten;
- / 348 Einzelpersonen insgesamt, einschließlich online, betroffen waren;
- / 176 jüdische Personen in 146 Vorfällen betroffen waren, von denen 64 online stattfanden.⁶⁹

69 S. 17, 18 und 43 im Berliner Bericht für 2020.

Aus diesen Angaben lässt sich mit etwas Mühe ablesen, dass etwas über 100 jüdische Personen außerhalb des Internets von Antisemitismus betroffen waren. Eine genaue Zahl wird aber nicht bereitgestellt. Dies ist insofern aufschlussreich, als in einigen Jahren die Mehrzahl der Antisemitismusopfer in RIAS-Berichten nichtjüdisch waren.⁷⁰

70 So zum Beispiel 2019 oder 2017, als RIAS 164 jüdische Opfer von 329 bzw. 98 von 245 erfasste.

Ein unklarer Hergang

Ein weiteres wichtiges Detail, das in dieser Flut statistischer Segmentierungen und Analysen untergeht, betrifft die Art des jeweiligen Vorfalls: Was ist eigentlich passiert? RIAS füllt diese Lücke nur teilweise, indem sie Beispielfälle für die einzelnen Kategorien auflistet, die aber kein vollständiges Bild ergeben. Diese Auslassungen lassen sich hingegen mithilfe einer anderen Quelle, nämlich RIAS' eigener Chronik, ergänzen.

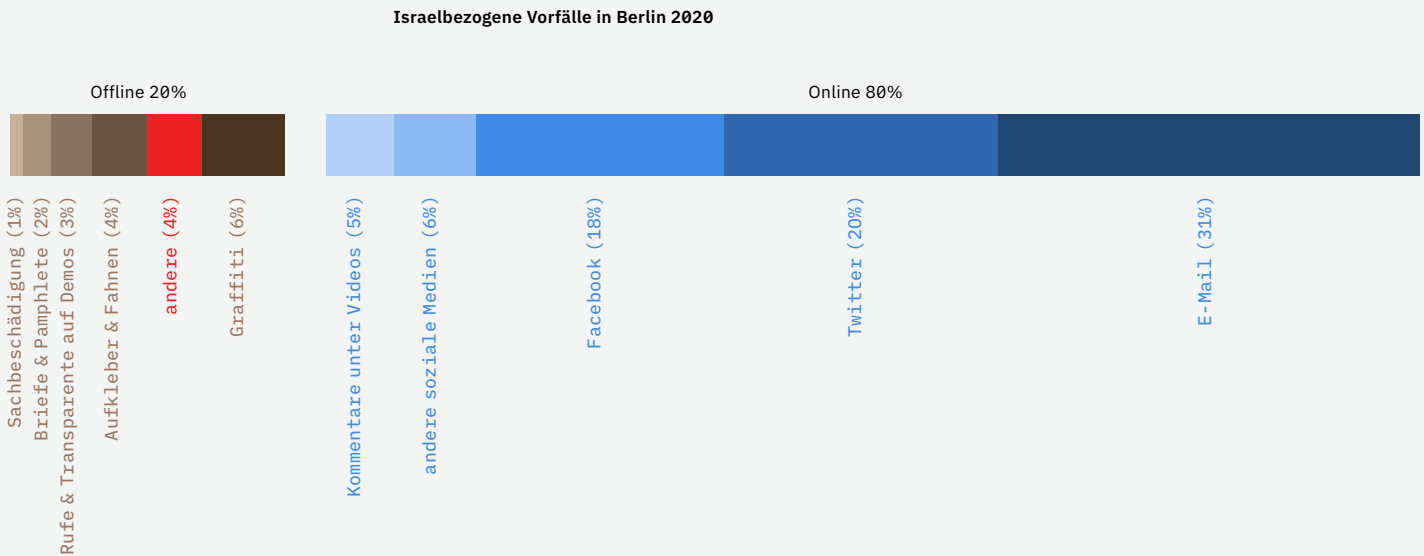
Auf ihrer Website veröffentlicht RIAS eine Reihe von Vorfällen, aus denen sich ihre Statistiken zusammensetzen. Diese Auswahl an Fällen ist breit genug, um einen Gesamteindruck der Datenbank zu gewähren.⁷¹ Zum Zeitpunkt des vorliegenden Berichts führt die Chronik 1981 Vorfälle auf, die vor allem in den Jahren zwischen 2019 und 2021 stattfanden. Jeder dieser Vorfälle hat eine exakte Zeit- und Ortsangabe (entweder geographisch oder „online“), eine kurze Beschreibung sowie die Angabe der Form des Antisemitismus anhand des hauseigenen Klassifizierungssystems.

Zur größten Kategorie in der Chronik gehören israelbezogene Antisemitismusvorfälle in Berlin im Jahr 2020. Von den im Jahresbericht erwähnten 264 Fällen werden 238 (90 Prozent) in der Chronik beschrieben. Die folgenden Fälle sind dafür beispielhaft:

- / Am 16. Juni wurde in Kreuzberg ein Graffiti gesichtet, in dem über dem Schriftzug „BDS“ ein Davidstern gemalt war.
- / Am 5. Oktober wurde in Neukölln eine Palästina-Flagge mit dem Schriftzug „Apartheid no more“ und einem Faustsymbol entdeckt. Die Flagge war von einer Wohnung aus an einer Hausfassade befestigt.

71 Damit soll die Privatsphäre der Opfer geschützt werden, auch andere Organisationen gehen so vor. Die Anti-Defamation League (USA) veröffentlicht eine Auswahl an Vorfällen auf ihrem [Tracker](#), das Format ähnelt dem von RIAS. Der Community Security Trust/ CST (UK) veröffentlicht außerhalb seiner regelmäßigen Berichte keine Vorfälle online, ebenso wie der Service de Protection de la Communauté Juive (FR), das Centrum Informatie en Documentatie Israel (NL) und das Forum gegen Antisemitismus (AT), die alle ein Meldeportal unterhalten. Ein Sprecher des CST erklärte, die Organisation würde bei konkreten Anfragen helfen aber keine anonymisierten Daten als Quellen zur Verfügung stellen.

Eine Auswertung dieser Vorfälle erlaubt die folgende Aufschlüsselung:



Für die mediale Auswertung scheint es kaum eine Rolle zu spielen, was bei den Vorfällen in den RIAS-Statistiken tatsächlich passiert ist. Ein Artikel aus der *Jerusalem Post* zum Jahresbericht 2020 trug etwa die Überschrift Bericht: Anstieg von antisemitischen Vorfällen in Deutschland und erklärte im zweiten Absatz, dass „der Bericht durchschnittlich 159 Vorfälle pro Monat in Deutschland erfasst, also mehr als fünf Vorfälle am Tag“.

Völlig zu Recht erhalten schwere Vorfälle besondere Aufmerksamkeit, doch Medien verwenden die Gesamtzahlen häufig als Kontext für diese schweren Vorfälle, ohne genau zu wissen, worauf sie sich beziehen. Ein typisches Beispiel ist der Beitrag Angriffe, Brandstiftung, Beleidigung: Bericht zu Antisemitismus in Berlin, der mit der Beschreibung eines Brandanschlags auf die Bar eines jüdischen Wirts beginnt und dann auf einen RIAS-Bericht eingeht, in dem „für die erste Jahreshälfte 2020 410 Vorfälle erfasst sind, mehr als zwei am Tag“. Der Artikel führt sodann RIAS' Aufschlüsselung dieser Vorfälle auf, von sechs Fällen körperlicher Gewalt bis hin zu 301 Fällen von „schädlichem Verhalten, wie dem Zeigen des Hitlergrußes“.

Im weiteren Verlauf des Artikels geht es um den versuchten Anschlag auf die Synagoge in Halle im Herbst 2019, um geschändete Gräber, einen Mann, der einer jüdischen Frau „Heil Hitler!“ zugerufen hatte, ein Hakenkreuzgraffiti an einem Restaurant und um zehn schwarz bemalte Stolpersteine. Das ist mit Sicherheit ein besorgniserregendes Bild, aber RIAS' Versäumnis, für die gesamte Statistik exakt zu erklären, was genau passiert ist, bringt die Medien nolens volens dazu, diese Zahlen für eine dramatisierte Darstellung des realen Antisemitismusproblems zu verwenden.

Bericht 2021 der Informationsstelle RIAS

Drei antisemitische Vorfälle in Berlin - und zwar pro Tag

Di 24.05.22 | 22:08 Uhr

2

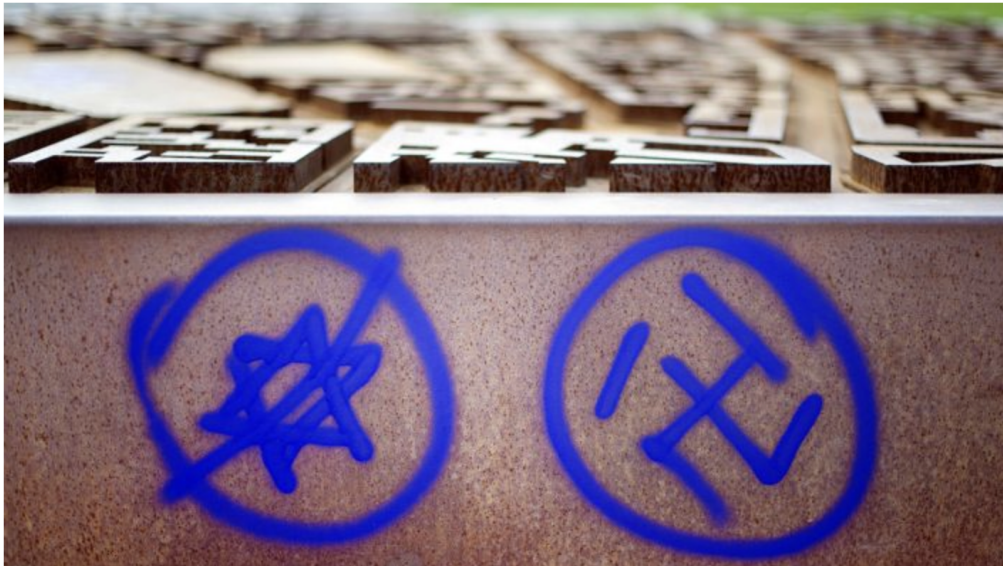


Bild: dpa/Daniel Reinhardt

← Screenshot vom [rbb](#)

Was geschah wirklich und wie oft?

Es wird nicht deutlich, wie RIAS mit mehrfach gemeldeten Online-Vorfällen umgeht. Bedeuten die drei Einträge in der Chronik zu einem Vorfall am 9. November 2020, bei dem „eine jüdische Organisation antisemitische Kommentare zu einem Facebookbeitrag erhielt“, dass drei unterschiedliche Kommentare unter demselben Post hinterlassen wurden? Bedeuten die vier gleichen Einträge für den 6. Oktober 2020, bei dem „eine jüdische Institution eine antisemitische Zuschrift erhielt“, dass dieselbe E-Mail an mehrere Einrichtungen verschickt wurde? In der Chronik finden sich viele solcher Beispiele, bei denen nicht deutlich wird, wie viele Posts, Kommentare und E-Mails tatsächlich versendet und gemeldet wurden.

RIAS' Beschreibungen von Online-Vorfällen sind besonders undurchschaubar, auch wenn sich viele auf öffentlich zugängliche Posts in den sozialen Medien beziehen. 26 Vorfälle zwischen August und Dezember 2020 haben die gleichlautende Angabe: „Eine jüdische Institution erhielt einen antisemitischen Kommentar zu einem Video“. Ähnliche Vorlagen gibt es beispielsweise für „eine antisemitische Antwort auf einen Tweet“ oder „ein antisemitischer Kommentar auf einen Facebookpost“.

Auf einer [Pressekonferenz](#) im Juni 2022 stellte die regionale Stelle Thüringen ihren [ersten Jahresbericht](#) vor und erläuterte dabei selbst diese Art der Verdoppelung. Insgesamt wurden 212 antisemitische Vorfälle erfasst, bei 35 davon (17 Prozent) handelte es sich um E-Mails mit Bezug zur Covid-19-Pandemie,⁷² die an das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) geschickt wurden, an dem RIAS Thüringen angesiedelt ist. Laut Dr. Anja Thiele, der Leiterin von RIAS Thüringen, wurden 90 Prozent dieser E-Mails von

72 [Jahresbericht von RIAS Thüringen 2021](#). Beispiele für von RIAS als antisemitisch erfasste Vorfälle sind das Wort „ungeimpft“ in einem gelben Davidstern, Vergleiche von Impfärzt*innen mit SS-Medizinern und Josef Mengele, „Auschwitz“-Graffiti an Impfzentren, Vergleiche der Maskenpflicht mit der Behandlung von Jüdinnen und Juden im Dritten Reich usw.

derselben Person verschickt. Mit anderen Worten: 15 Prozent der erfassten Vorfälle in Thüringen im Jahr 2021 bestehen aus dem privaten E-Mail-Verkehr zwischen einer einzelnen Person und der Organisation, welche diese Vorfälle erfasst. Dieses Detail fand am nächsten Tag allerdings keinen Eingang in die Medienberichterstattung, die mit Schlagzeilen aufwartete wie etwa: Über 200 antisemitische Vorfälle in 2021.

Auch in der Statistik der „offline“-Vorfälle tauchen mögliche Verdoppelungen auf. Ein besonderes Beispiel dafür ist die Erfassung von 19 antisemitischen Vorfällen in der ersten Jahreshälfte 2019 in Berlin, die von „einem Mann“ – demselben Mann – verübt wurden, der an unterschiedlichen Orten in Berlin antisemitische Schilder wie „Nazi=Nationalistisch Zionistisch“ und „Die königliche Familie in Saudi-Arabien ist zionistisch“ zeigte. Damit war er für mehr als ein Viertel aller israelbezogenen „offline“-Vorfälle in Berlin in diesem Jahr verantwortlich. RIAS merkt an, dass die Polizei in einem dieser Fälle zwar gerufen wurde aber nichts unternehmen konnte, da der Mann „nicht polizeilich belangbar sei“.⁷³

Partner von RIAS geben zu, dass einzelne Personen allein die Zahlen möglicherweise hochtreiben. Kati Becker, Koordinatorin beim Berliner Register, eine Organisation, die rassistische, antisemitische und homophobe Vorfälle in Berlin erfasst und eng mit RIAS zusammenarbeitet, gab 2018 vor dem Berliner Senat an, dass „ein Mann“ (möglicherweise der oben erwähnte, dessen Foto im RIAS-Bericht für 2017 erscheint), „mit Schildern, die er sich umbindet, auf denen er antisemitische Verschwörungstheorien präsentiert, auf alle möglichen Demonstrationen rennt. [...] Das macht er mehrmals die Woche. Das wird auch immer dokumentiert. Das macht dann über das Jahr 150 Vorfälle aus“.⁷⁴

Ein ähnlicher Fall ist ein Aufkleber der Neonazipartei Der III. Weg, der Ende 2020 in Berlin auftauchte und den RIAS als fünf unterschiedliche Vorfälle erfasste, da er an fünf unterschiedlichen Orten gesehen wurde. Solche Fälle werfen die Frage auf, was einen „Vorfall“ ausmacht und ob die Tatsache, dass RIAS jeden Aufkleber fünfmal separat „entdeckt“, ihre Dokumentation als fünf einzelne Vorfälle begründet.

Darüber hinaus stellt sich die Frage ob die statistischen Methoden von RIAS überhaupt dazu geeignet sind, Erkenntnisse über gegenwärtigen Antisemitismus zu fördern oder ob sie stattdessen ein komplexes soziales Phänomen auf fragwürdig kumulierte Zahlenwerte reduzieren. Eine Person, die in der Vergangenheit mit der Organisation zusammengearbeitet hat, sagt, „das Problem ist, dass für RIAS Quantität über Qualität geht, weil das in Veröffentlichungen und in den Medien besser funktioniert. Wenn es einmal in einer Tabelle steht, dann ist es ein Fakt“.⁷⁵

73 RIAS-Chronik 2019: 11.01., 31.01., 09.02., 21.02., 12.03., 13.03., 18.03., 31.03., 02.04., 04.04., 06.04., 13.04., 15.05., 17.04., 06.05., 09.05., 18.05., 19.05., 24.05., 07.06.

74 Protokoll, 21.03.2018, S. 5.

75 Interview am 29.10.2021.

4 Vorverurteilung in der Praxis

Der akademische Tonfall der Veröffentlichungen von RIAS verstellt oft den Blick dafür, wie ihre Arbeit durch Meinung und Auffassung geprägt ist. Zur Veranschaulichung dieser Dynamik präsentiert dieses Kapitel die Fallstudie einer Mahnwache in München, die von RIAS als antisemitisch eingestuft wurde. Das Beispiel führt die bisher vorgebrachten Kritikpunkte noch einmal zusammen: die laxe Auslegung von Definitionen, die Missachtung des Kontexts bei der Klassifizierung von Antisemitismus, die Anonymisierung nicht-personenbezogener Daten, welche die Möglichkeit einer externen Evaluierung einschränkt, sowie die Mehrfacherfassung von Vorfällen begünstigt, was die Antisemitismusstatistik in die Höhe treiben kann.

Eine mögliche Interpretation

Viele der von RIAS erfassten Vorfälle ereignen sich im Rahmen von Demonstrationen, die von der Organisation regelmäßig beobachtet werden. Hier ist ein typisches Beispiel der Beschreibung eines Vorfalls:

Auf einer antizionistischen Kundgebung wurde Israel unter anderem Rassismus, Landraub und Besatzung vorgeworfen.

Am 10. Juli fand in München eine Kundgebung statt, die ein Ende der „Besatzung“ durch Israel forderte. Die organisierende Gruppierung ließ offen, worauf sich dieser Vorwurf bezieht. Ein Vernichtungsaufwurf gegenüber Israel, also die Auffassung des gesamten israelischen Staates als unrechtmäßige Besatzung, bleibt damit zumindest eine mögliche Interpretation. Nahegelegt wird diese auch durch den gezeigten Slogan „Stop a second Nakbah“. Als Nakbah bezeichnen antizionistische Akteure die Gründung des israelischen Staates, die vermeintlich mit einer gezielten Vertreibung und Ausrottung von Palästinenser:innen einhergegangen sei. Ähnliche delegitimierende Aussagen trifft die Israel-Boykott-Bewegung BDS, deren Maskottchen „Handala“ auf mehreren Shirts der Teilnehmenden auszumachen war. Außerdem wurde ein Schild mit der Aufschrift „Israel, zu Rassismus und Landraub auserwählt?“ gezeigt, was neben den delegitimierenden Vorwürfen, Rassismus und Landraub zu betreiben einen religiösen Bezug auf Israel als Gottes auserwähltes Volk enthält und damit ein Bindeglied zwischen antizionistischem Antisemitismus zum Antijudaismus darstellt.⁷⁶

⁷⁶ [RIAS-Chronik](#), 10.07.2020.

Es ist bezeichnend, dass Besatzung hier in Anführungszeichen gesetzt wird und die dokumentierte Vertreibung der Palästinenser*innen 1948 zur bloßen Behauptung gemacht wird. Wir können an dieser Art der Beschreibung, wie sie häufig in der Datenbank von RIAS vorkommt, auch einen anderen wichtigen Aspekt ihrer Arbeit erkennen, nämlich wie RIAS ihre Antisemitismusdefinitionen anwendet.

Für die Klassifizierung von Vorfällen verwendet RIAS vor allem zwei Definitionen: die IHRA-Definition sowie den sogenannten 3D-Test („Dämonisierung, Delegitimierung, Doppelstandards“) des früheren Knessetabgeordneten für den Likud und sowjetischen Dissidenten Natan Sharansky „[z]ur Abgrenzung von israelbezogenem Antisemitismus von der Kritik an israelischer Politik“.⁷⁷

Laut ihrer eigenen Bestandsaufnahme hat RIAS bei der Demonstration keinen Antisemitismus entdecken können, auch anhand ihrer eigenen Definitionen nicht. Anscheinend hat niemand Israel „ein rassistisches Unterfangen“ genannt, das relevanteste Beispiel für israelbezogenen Antisemitismus in der IHRA-Definition. Stattdessen wurde dem Staat, wie RIAS selbst schreibt, vorgeworfen, „Rassismus zu betreiben“. Also wurde weder Israel das Existenzrecht noch dem jüdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen. Ferner wurden auch keine Doppelstandards angewendet, bei denen von Israel verlangt wird, sich auf eine Art zu verhalten, wie es von keinem anderen demokratischen Staat verlangt wird, wie ein anderes relevantes IHRA-Beispiel es vorgibt.

„Delegitimierung“ ist laut dem „3D-Test“ die Leugnung von Israels „grundlegendem Existenzrecht“.⁷⁸ Sharansky selbst hat erklärt, dass das etwas anderes ist als Kritik an der israelischen Politik.⁷⁹ „Dämonisierung“ wiederum bedeutet, Israel boshafte Eigenschaften zuzuschreiben, die sich auf die dämonischen Kräfte oder bösen Absichten aus klassischen antisemitischen Topoi beziehen.⁸⁰ Es kann außerdem bedeuten, Israels Handlungen „jenseits aller vernünftigen Proportionen [darzustellen], wie ein Vergleich zwischen Israelis und Nazis oder zwischen palästinensischen Flüchtlingslagern und Auschwitz“.⁸¹ RIAS dokumentierte keine solche Äußerungen. Nur auf Grundlage ihrer eigenen unkonventionellen Interpretation, der Begriff Nakba würde „Ausrottung“ bedeuten, vermag RIAS eine indirekte Dämonisierung von Israel zu belegen.⁸²

Außerdem ließe sich ein Bezug herstellen zwischen einem Plakat, das fragt, ob Israel „für Rassismus und Landraub auserwählt sei“ und dem IHRA-Beispiel „Verwendung von Symbolen und Bildern mit Bezug zu klassischem Antisemitismus (z. B. die Behauptung, die Juden hätten Jesus ermordet oder die Ritualmordlegende), um Israel zu charakterisieren“. Eine Vermischung des jüdischen Staates mit dem Judentum ist problematisch, und im klassischen Antisemitismus kommt die Vorstellung einer jüdischen „Auserwähltheit“ in der Tat oft vor. An und für sich handelt es sich aber nicht um ein Beispiel antisemitischer Bildsprache, wie sie in der IHRA-Definition aufgeführt wird. Im Kontext der Demonstration scheint diese Verbindung recht dünn.⁸³

Es hat also den Anschein, dass die Kundgebung in München allein aufgrund einer möglichen Auslegung von beobachteten Äußerungen als antisemitisch eingestuft wurde. Wie wir gesehen haben, schätzte RIAS den normativen Begriff „Besatzung“ als zu vage ein und sah in ihm die potenzielle Aufforderung zur Vernichtung des Staates Israels, was dem Tatbestand der Delegitimierung

77 Siehe: [RIAS Berlin Jahresbericht 2019](#).

78 Natan Sharansky, „3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization“, Vorwort, *Jewish Political Studies Review* 16 (Herbst 2004), S. 3–4.

79 „Kritik an israelischer Politik muss nicht immer antisemitisch sein, Israel das Existenzrecht abzuspüren ist aber immer antisemitisch“. Natan Sharansky, [Aussage vor der Helsinki Commission](#), 2004.

80 Kenneth L. Marcus über diesen Aspekt des 3D-Tests: „Im aktuellen Diskurs wird der Begriff [Dämonisierung] häufig falsch verwendet, um stattdessen besonders scharfe oder extreme Kritik zu beschreiben, die das Objekt der Kritik in ein besonders negatives Licht rückt“. Marcus 2015, S. 156.

81 [Sharansky](#), Aussage.

82 Der Begriff Nakba beschreibt nicht eine vermeintliche Ausrottung der Palästinenser*innen, sondern ihre Vertreibung und die Zerstörung ihrer Heimat. Siehe z. B. Hussein Ibish, [A ‚Catastrophe‘ That Defines Palestinian Identity](#), *The Atlantic*, 14.05.2018.

83 Israelis und israelische Politiker*innen setzen Israel laufend mit dem jüdischen Volk gleich und sprechen sogar ganz offen von „jüdischer Auserwähltheit“, wie etwa ein Knessetmitglied in [dieser Rede](#).

im „3D-Test“ entsprechen würde. Die Beweislast lag hier bei den anonymen Protestierenden. Ohne ihre eigene Erklärung ihrer Verwendung des Begriffs „Besatzung“ bleibt ihre Demonstration in der Chronik von RIAS als antisemitische Versammlung gelistet.

Eine andere mögliche Interpretation

Gemäß ihrer Verfahrensweise, auch Daten zu anonymisieren, die nicht Einzelpersonen betreffen, hat RIAS die Anmelder*innen dieser Kundgebung nicht benannt. Allerdings kann es sich bei dieser Veranstaltung, die RIAS als antizionistisch und als antisemitisch einstuft, nach einem Datenvergleich nur um den Münchner Ableger der „Women in Black“ handeln. Dies ist eine in Israel gegründete Gruppe von Aktivistinnen gegen die Besatzung, die für den Friedensnobelpreis nominiert wurde.

Der erste Protest der „Frauen in Schwarz“ fand 1988 während der Ersten Intifada statt. Damals versammelten sich an einem Freitagnachmittag jüdisch-israelische Frauen aus allen Teilen der Gesellschaft auf einem zentralen Platz in Jerusalem und hielten dabei inzwischen ikonisch gewordene schwarze Schilder hoch, auf denen das „Ende der Besatzung“ gefordert wurde – also jener Slogan, den RIAS als antisemitisch einstuft. Unbeeindruckt von den Beschimpfungen und Bedrohungen vorbeifahrender Passant*innen versammelt sich die Gruppe noch immer jeden Freitag am selben Platz – unter demselben Slogan.

Bald entstanden auf der ganzen Welt Schwesterorganisationen. In München haben sich die „Frauen in Schwarz“ vor 30 Jahren gegründet und halten seitdem jeden zweiten und vierten Freitag des Monats eine Mahnwache. Laut Elfi Padovan, Gründerin und langjährige Aktivistin der deutschen Friedensbewegung,⁸⁴ nehmen 15 bis 20 Frauen regelmäßig an den Mahnwachen teil, darunter auch einige jüdische Frauen. „Wir stehen für Frieden, für Palästinenser*innen und für Israelis“, fügt sie hinzu. Antisemitismusvorwürfe gäbe es, so Padovan, „immer mal wieder“. Solche Anwürfe überraschen sie schon lange nicht mehr. Sogar eine rechtsextreme Gruppe habe ihnen einmal Antisemitismus vorgeworfen, erinnert sich Padovan.

Von den 19 Vorfällen mit Israelbezug in Bayern aus dem Jahr 2020, die von RIAS in ihrer Chronik detailliert beschrieben werden, fallen fünf auf die „Frauen in Schwarz“. Es sind noch 25 weitere Vorfälle von israelbezogenem Antisemitismus aufgelistet, allerdings bar jeder Beschreibung. Es ist also nicht klar, wie oft die Mahnwachen gezählt wurden. Bei regelmäßiger Erfassung könnte diese Gruppe, zusammengesetzt aus vor allem älteren Frauen, für 24 Vorfälle in jenem Jahr verantwortlich sein und damit für zehn Prozent aller erfassten antisemitischen Vorfälle in Bayern und für mehr als die Hälfte jener mit Israelbezug.⁸⁵

Die Beschreibungen der Mahnwachen sollen die Einordnung als antisemitisch begründen, verraten aber mehr darüber, wie RIAS Antisemitismus definiert. Die Beweise gegen die „Frauen in Schwarz“ sind wie folgt:⁸⁶

- / Auf der Demonstration kursierte ein Flugblatt, auf dem Israel „als ein Staat ohne Verfassung und ohne festgelegte Grenzen“ beschrieben wird. (RIAS: Der Eindruck kann entstehen, Israel fehlten etwa moderne rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien.)⁸⁷

84 Telefoninterview mit dem Verfasser, Dezember 2021.

85 Wie erwähnt, tauchen nicht alle von RIAS erfassten antisemitischen Vorfälle in ihrer Online-Chronik auf. Laut dem Bericht „Antisemitische Vorfälle in Bayern 2020“ wurden insgesamt 44 Fälle von israelbezogenem Antisemitismus erfasst, nur 19 tauchen hingegen in der Chronik auf.

86 Es folgt eine ausführliche Liste der „Beweise“, wie sie in verschiedenen Veröffentlichungen und der Chronik von RIAS zu Vorfällen im Zusammenhang mit den Frauen in Schwarz München auftauchen.

87 Bis heute hat Israel weder eine Verfassung noch festgelegte Grenzen.

- / Auf demselben Flugblatt wurde behauptet, Israel habe wegen des Holocausts eine „Sonderrolle“, durch die es sich kritiklos über Menschenrechte und internationales Recht hinwegsetzen könne. (RIAS: „Israels ‚Selbstverteidigung‘“ steht in dem Faltblatt in Anführungszeichen, womit die Drohungen und die wiederholten Versuche vieler Nachbarn Israels, den jüdischen Staat zu vernichten, verharmlost werden.)
- / Auf der Demonstration wurden Friedensgespräche unter gleichberechtigter Einbeziehung aller Beteiligten gefordert, einschließlich der Hamas. Weiterhin solle Israel auf seinen Selbstanspruch als „exklusiver jüdischer Staat vom Mittelmeer bis an den Jordan“ verzichten. (RIAS: „Nicht nur hat Israel solch einen Anspruch nicht, sondern hat im Gegenteil der palästinensischen Seite [sic] wiederholt Angebote für eine Zweistaatenlösung gemacht“.)
- / Auf der Demonstration wurde der Text des Gedichts *Höre Israel* des exilierten jüdisch-österreichischen Dichters Erich Fried ausgelegt, einschließlich der laut RIAS dämonisierenden Zeilen „Eure Sehnsucht war, wie die anderen Völker zu werden, die euch mordeten. Nun seid ihr geworden wie sie“.
- / Ein anderes Flugblatt forderte zur Unterstützung der BDS-Kampagne auf. (RIAS: „Unter anderem behauptet BDS außerdem wahrheitswidrig, arabische bzw. palästinensische Staatsbürger Israels hätten nicht die gleichen Rechte wie jüdische Israelis“.)⁸⁸
- / Das Gedicht *Was gesagt werden muss* von Günther Grass anlässlich der deutschen Lieferung eines nuklearwaffenfähigen U-Boots an Israel von 2012 wurde ebenfalls ausgelegt. Darin schreibt Grass, Israel würde als Atommacht den „ohnehin brüchigen Weltfrieden“ gefährden. (RIAS: „[Diese] Vorstellung [...] schreibt dem kleinen Land eine unheimliche Macht zu“.)
- / Auf dem T-Shirt einer anwesenden Person wurde das Gebiet Israel-Palästina in den palästinensischen Nationalfarben dargestellt, beschriftet mit „Free Palestine“. (RIAS: „Das Shirt steht somit für den Wunsch nach der Abschaffung des jüdischen Staates“.)⁸⁹

88 Laut Elfi Padovan gehören die hier beschriebenen Flugblätter nicht zum offiziellen Material der Frauen in Schwarz. Der Münchner Ableger der Gruppe hat sich BDS nicht angeschlossen.

89 Dieses T-Shirt war in diesem Fall der einzige Beleg für das antisemitische Element der Demonstration.

Diese „Beweise“ verdeutlichen, wie ein bestimmtes Verständnis von Antisemitismus ein politisches Narrativ delegitimieren kann, während ein anderes gestärkt wird. Kontext, Hintergrund, Grundsätze und Argumente der „Frauen in Schwarz“ werden dabei komplett außer Acht gelassen, wie bereits in Kapitel 2 beschrieben. Stattdessen werden ihre aus dem Kontext gerissenen Aussagen benutzt, um den Lesenden eine bestimmte Sicht auf geopolitische Fragen, auf die Geschichte des Nahostkonflikts sowie auf innerisraelische Angelegenheiten zu vermitteln – und all das aus einer Perspektive, die jener der israelischen Regierung sehr nahe steht.

Interpretation ist Expertensache

Es handelt sich um einen bemerkenswerten Fall interpretatorischer Freiheit, eine Mahnwache gegen die Besatzung als antisemitisch einzustufen, weil der völkerrechtsgängige Begriff „Besatzung“ nicht genauer erklärt und auf das Fehlen einer israelischen Verfassung hingewiesen wird.

Die Antisemitismusforschung ist sich größtenteils einig, dass sich antijüdische Ressentiments nicht nur in direkten, „traditionellen“ Äußerungen ausdrücken. Gerade in Deutschland, wo die Tabuisierung von Antisemitismus im öffentlichen Diskurs offene Ressentiments gegen Jüdinnen und Juden unterbindet, kommt er häufig in einer kodierten und indirekte Sprache zum Ausdruck.⁹⁰ Deutsche Forscher*innen sehen in mancher Kritik am Staat Israel ein prominentes Beispiel dieser „indirekten Kommunikation“.⁹¹ RIAS wiederum versteht es als wichtigen Teil ihrer Arbeit, diesen kodierten Antisemitismus zu erfassen und zu entschlüsseln, weil Öffentlichkeit und Behörden große Probleme hätten, diesen auch als solchen zu erkennen.⁹²

Die Entschlüsselung antisemitischer Codes ist daher zentral, um Antisemitismus zu klassifizieren. Gleichzeitig wirft die Notwendigkeit von Deutung und Auslegung die Frage auf, wer die Autorität besitzt, eine Handlung oder eine Äußerung als kodierten Antisemitismus zu interpretieren und auf welcher Grundlage dies geschieht. Wie gewährleistet man, angesichts der weitreichenden Implikationen und des Risikos der Politisierung, das mit der Interpretation solcher Codes einhergeht, dass eine bestimmte Interpretation fundiert ist, und durch welche Verfahrensweisen kann dies validiert werden?

RIAS spricht diese Rolle den eigenen Mitarbeiter*innen zu. Sie werden von Medien interviewt und zitiert, sie deuten Antisemitismus, entschlüsseln antisemitische Vorfälle und klären die Öffentlichkeit darüber auf, welche Chiffren besonders gefährlich seien.

So interviewte die *Deutsche Welle* im Mai 2021 den RIAS-Mitarbeiter Daniel Poensgen zu anti-israelischen Demonstrationen in Deutschland, die während heftiger Unruhen in Israel-Palästina stattfanden. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter von RIAS sollte Poensgen Demonstrations-Slogans einordnen und erklären, ob und warum diese antisemitisch seien. Das Schild „Meine Stimme gegen Siedlungskolonialismus und ethnische Säuberung“ bezeichnete Poensgen als antisemitisch, weil es Israel als „koloniales oder rassistisches Gebilde“ bezeichnet. „Wird diese Bezeichnung den historischen Fakten nicht gerecht, dient sie vor allem dazu, Israel als Nationalstaat zu delegitimieren und somit allein Jüdinnen_Juden das Recht auf (nationale) Selbstbestimmung abzusprechen“.⁹³

In drei knappen Schritten macht Poensgen hier einen interpretativen Sprung, um das Anliegen der Demonstrierenden zu diskreditieren: Sie lägen faktisch falsch, hätten daher schlechte Absichten und seien somit antisemitisch. Indem sie die Ansicht vertritt, dass der heutige Antisemitismus vor allem in codierter Form erscheint und somit entschlüsselt werden muss, und indem sie ihre Mitarbeiter*innen als jene Expert*innen darstellt, die den Antisemitismus interpretieren sollen, hat sich RIAS als Autorität etabliert. Gerade der fehlende Kontext und die selektive Darstellung der Fakten helfen dabei, vereinfachte

90 Michael Kohlstruck/Peter Ullrich, Antisemitismus als Problem und Symbol: Phänomene und Interventionen in Berlin, 2015, S. 20; Marcus 2015, S. 10.

91 Kohlstruck/Ullrich, ebd.; Marcus, ebd.

92 In einem Artikel von Benjamin Steinitz als Co-Autor über den Umgang des Justizsystems mit Antisemitismus beschreiben die Autor*innen als Hauptproblem, die Gerichte seien zu sehr auf „traditionellen“ Antisemitismus fixiert. Durch den ausschlaggebenden Bezug auf die NS-Zeit „wird Antisemitismus in einer Weise historisiert und verengt, die jene schützt, die antisemitische Codes verwenden“. Liebscher, Pietrzyk, Lagodinsky und Steinitz, „Antisemitismus im Spiegel des Rechts“, *Neue Juristische Online-Zeitschrift* 897 (2020).

93 Dies ist ein gutes Beispiel für die von RIAS' vorgenommenen Modifizierungen der IHRA-Definition. Das ursprüngliche Beispiel lautet: „Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen“. In ihrer Übersetzung und „Anpassung an den deutschen Kontext“ hat RIAS daraus „ein rassistisches/ koloniales Unterfangen“ gemacht.

„Vorfälle“ zu erzeugen, die schließlich von RIAS' selbsternannten Expert*innen erklärt werden. Auf diese Weise gelingt RIAS eine scheinbar wasserdichte Erzählung über Antisemitismus, in der ihr eigener Bias unkenntlich und somit unhinterfragt bleibt.

5 Negierte Narrative

Die gebiased Erfassungsmethoden von RIAS stigmatisieren vor allem palästinensische Narrative und ihre Vertreter*innen. Die Stigmatisierung wird dabei durch die unhinterfragte Reputation und den weiten Einfluss der Organisation verschärft. In diesem Kapitel wird erläutert, wie aus der Sicht von RIAS praktisch jede politische Aktivität von Palästinenser*innen zum Nahostkonflikt als antisemitisch gelten kann – und letztendlich beinahe jede wie auch immer geartete „palästinensische Identität“ bereits verdächtig erscheint. Das trifft Einzelpersonen besonders hart. Im Schlussteil des Kapitels wird der Fall eines Dossiers über eine deutsch-palästinensische Akademikerin beschrieben, das RIAS angelegt und verbreitet hat, um so ihren öffentlichen Aktionsradius einzuschränken.

Stigmatisierte Communities

Ein Ziel politisierter Antisemitismusvorwürfe ist die Delegitimierung politischer Gegner*innen. In Deutschland gehören Antisemitismus-Anschuldigungen, aus guten Gründen, zu den schwerwiegendsten Vorwürfen überhaupt und erregen zugleich große mediale Aufmerksamkeit. Dies kann zu gravierenden Konsequenzen bis hin zum faktischen Ausschluss aus dem öffentlichen Leben führen.⁹⁴

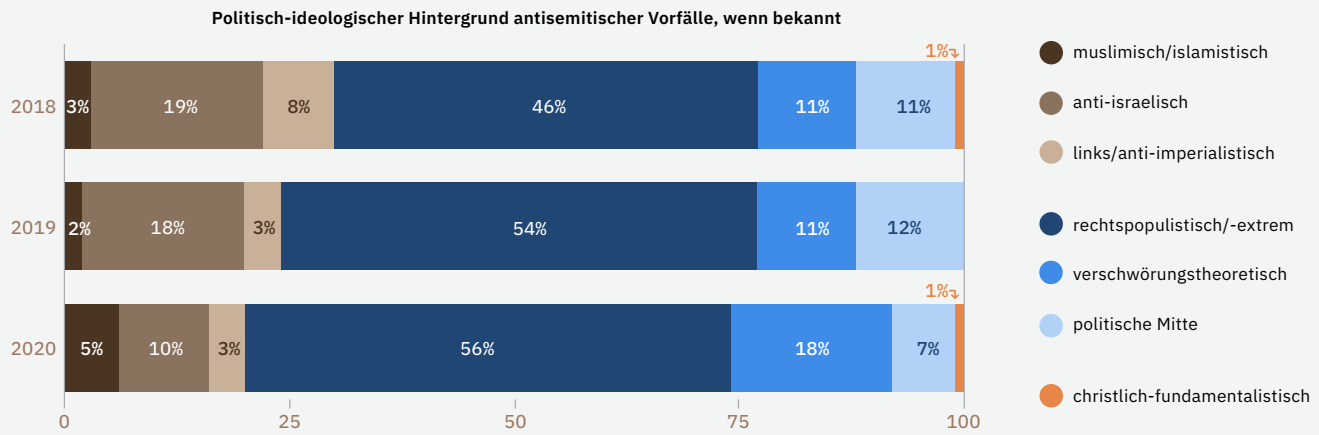
Insofern wiegt es besonders schwer, wenn Vorwürfe dieser Art böswillig und zu politischen Zwecken vorgebracht werden. Kurzfristig werden auf diese Weise produktive Diskussionen über wichtige Themen unterdrückt und das Privat- und Berufsleben von Menschen beeinträchtigt; langfristig verliert der Vorwurf so an Wirkungsmacht.

„Die schlimmste Konsequenz der Methoden von RIAS ist die Stigmatisierung von migrantischen Communities“, sagt ein Forscher, der an Projekten mit enger Beteiligung von RIAS mitgearbeitet hat und anonym bleiben will. „Palästinenser*innen werden entmenslicht“.

Es ist schwer zu bestimmen, wie viel Prozent der von RIAS erfassten Vorfälle einen Bezug zu Muslim*innen und Palästinenser*innen haben. Von den Vorfällen, welche die Organisation politisch einordnen konnte, haben nur zwei bis fünf Prozent einen „muslimischen/islamistischen“ Hintergrund – warum die dieser Kategorie inhärente Gleichsetzung von Islam und Islamismus legitim sein soll, erschließt sich dem Autor nicht. Dafür sind Palästinenser*innen in den Kategorien „antiisraelischer Aktivismus“ und „links/antiimperialistisch“, die zusammen 13 bis 27 Prozent aller Vorfälle der letzten Jahre ausmachen, vermutlich überrepräsentiert (siehe Diagramm).⁹⁵

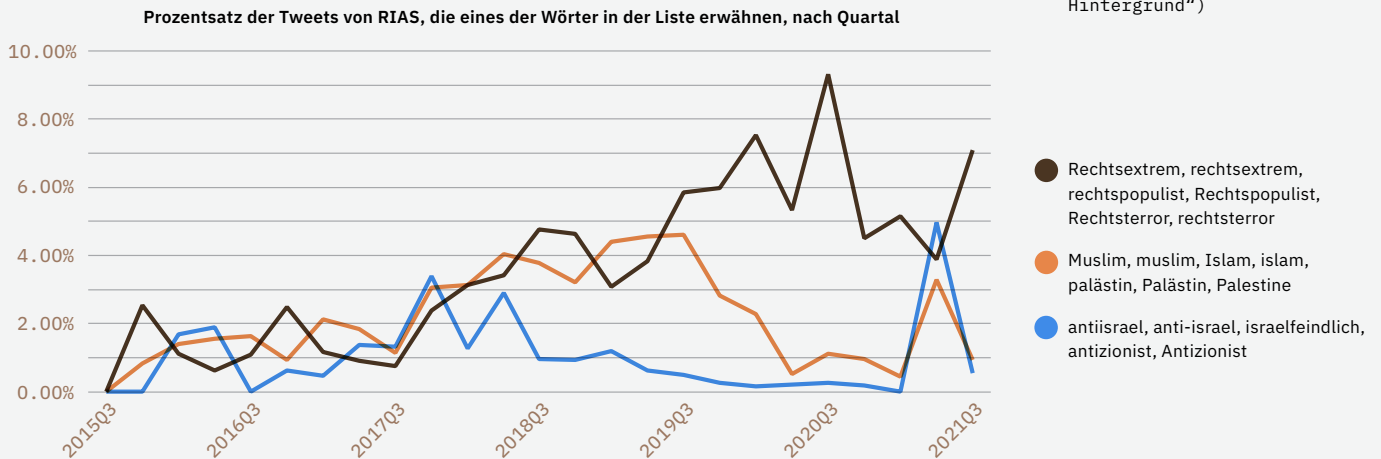
94 Prominente Beispiele sind die versuchte Ausladung des kamerunischen Philosophen Achille Mbembe von der Ruhrtriennale 2020 und der Rücktritt des ehemaligen Direktors des Jüdischen Museums Berlin Peter Schäfer. Eine hervorragende Rekonstruktion der Ereignisse, die zu diesem Rücktritt geführt haben, findet sich bei Daniel Bax, Nicht „jüdisch genug“. Chronik einer Kampagne, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Streitfall Antisemitismus*, Metropol: Berlin 2020, S. 100–118. Nachtrag: Eine Ausnahme scheint der Fall des bayrischen Politikers Hubert Aiwanger darzustellen, der zuletzt trotz gravierender Vorwürfe der Holocaust-Verharmlosung in seiner politischen Karriere profitierte.

95 *RIAS Berlin 2020*. Im Gegensatz zu RIAS Berlin veröffentlicht der Bundesverband RIAS in seinen Jahresberichten keine vollständige Übersicht der politisch-ideologisch kategorisierten Vorfälle. Die paar erwähnten Zahlen legen aber nahe, dass die deutschlandweiten Zahlen von Vorfällen mit „Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus“ einen noch kleineren Anteil aller Vorfälle als in Berlin darstellen. Die Kategorien „rechtsextrem/-populistisch“ und „verschwörungstheoretisch“ machen laut dem Jahresbericht mehr als 80 Prozent aller klassifizierbaren Vorfälle 2020 in Deutschland aus. Siehe *Bundesbericht 2020*, S. 23.



Trotz ihrer begrenzten Beteiligung an angeblich antisemitischen Vorfällen rückt RIAS Muslim*innen sowie Palästinenser*innen besonders in den Fokus. Das zeigt ein Vergleich der oben genannten Zahlen mit Tweets des Bundesverbandes zu Vorfällen aus ähnlichen Kategorien. Das folgende Diagramm weist den Anteil der Tweets mit Bezug zu drei politischen Milieus auf: muslimisch/palästinensisch; rechtsextrem/-populistisch und anti-israelisch bzw. antizionistisch.

↖ 2018 wurden drei Prozent aller erfassten Vorfälle einem „muslimischen/islamistischen“ Hintergrund zugeordnet. Ungefähr der Hälfte der Vorfälle konnte kein „spezifischer ideologischer Hintergrund“ zugeordnet werden, daher tauchen sie nicht in diesem Diagramm auf. (100% = Vorfälle der Kategorie „mit politischem Hintergrund“)



Zwischen 2015 und 2019 scheint sich der Twitteraccount von RIAS mit Islam und Palästina ebenso intensiv beschäftigt zu haben wie mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. 2018 hatten 21 Prozent der Vorfälle einen „muslimisch/ islamistischen“ oder „anti-israelischen“ Hintergrund, 46 Prozent einen rechtsextremen oder rechtspopulistischen. Trotzdem beinhalteten fünf Prozent der Tweets Varianten der Wörter „Islam/Islamismus“ oder „anti-Israel“ und vier Prozent Varianten der Wörter „Rechtsextremismus/-populismus“. Obgleich rechter Antisemitismus laut den eigenen Daten also gewichtiger ist, beschäftigte sich RIAS in ihrer Öffentlichkeitsarbeit im Vergleich unverhältnismäßig oft mit muslimischem und israelbezogenem Antisemitismus.

Es ist schwer vorstellbar, welche politische Aktivität von Palästinenser*innen zum Nahostkonflikt anhand der Kriterien von RIAS *nicht* als antisemitisch eingestuft würde. RIAS stuft jede kritische Äußerung zu Israel als antisemitisch ein, wenn sie die Begriffe „Kolonialismus“, „Apartheid“ oder „ethnische Säuberungen“ beinhaltet, denn „diese sind nicht nur falsch und unterstellen Israel schwerwiegende Verbrechen, die es nicht begeht, sie sind auch antisemitisch, weil Israel damit dämonisiert und als illegitim gebrandmarkt wird“.⁹⁶ Jede Veranstaltung und jede

96 RIAS Bayern Jahresbericht 2021, S.29.

Demonstration, bei der einer dieser Begriffe auf einem Schild, in einer Rede oder auf einem T-Shirt auftaucht, wird daher als antisemitisch erfasst.⁹⁷ Für RIAS – und infolgedessen für die staatlichen Behörden und Medien, die sich auf die Befunde der Organisation berufen – machen sich also dutzende, hunderte und manchmal tausende Teilnehmer*innen dieser Demonstrationen des Antisemitismus mitschuldig. Insbesondere für Migrant*innen kann die Verwicklung in antisemitische Vorfälle drastische Folgen haben, beschloss doch die Bundesregierung soeben, dass Menschen, die in der Vergangenheit an solchen „antisemitischen Demonstrationen“ teilgenommen haben, die Einbürgerung verweigert werden soll.

Die Organisationen, die zu diesen Demonstrationen aufgerufen haben, können zudem auf Listen wie etwa in dem 80-seitigen Monitoringbericht Mobilisierungen von israelbezogenem Antisemitismus im Bundesgebiet 2021 von RIAS auftauchen.

Das betraf beispielsweise „Palästina Spricht“,⁹⁸ eine relativ neue Gruppierung, die sich als links identifiziert und deren Ziel es ist, Palästinenser*innen in Deutschland eine Stimme zu geben und sich gegen „die illegale Besatzung und Apartheid“ zu stellen. RIAS schreibt, dass „Palästina Spricht“ „im Mai 2021 bundesweit zu zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen auf[rief], bei denen zum Teil antisemitische Vorfälle dokumentiert wurden“.⁹⁹ Drei dieser Vorfälle sind in der Datenbank von RIAS detailliert beschrieben: Zwei Menschen trugen T-Shirts mit dem Slogan „Free Palestine“ und einer Karte von Israel-Palästina in palästinensischen Farben; eine andere Person trug ein Schild mit der Aufschrift „Stop Genocide & Child Murder“; andere riefen „1-2-3-4, occupation no more, 5-6-7-8, Israel is an apartheid state“. Auf einer der Demonstrationen erhielt ein Redner zwar „Applaus für seine Parole ‚Kein Millimeter dem Antisemitismus!‘, bediente aber ebenso die antisemitischen Motive, Israel sei ein Apartheidstaat und betreibe ethnische Säuberungen“.¹⁰⁰

So wurde „Palästina Spricht“ also als antisemitische Organisation erfasst und mit ihr sämtliche Einzelpersonen, die mit der Gruppe zusammenarbeiten. Ein dermaßen unscharfer Vorwurf kann auch Personen treffen, die die Organisation unterstützen, mit Dienstleistungen von ihr beauftragt werden oder Räume an sie vermieten, sich um die Buchhaltung kümmern oder ihre Website gestalten.

„Israelbezogener Antisemitismus“ wird von RIAS weiter gefasst als nur eine direkte Kritik am Staat selbst. Die Organisation schätzt auch Symbole und Narrative, die essentielle Bestandteile von palästinensischer Identität, Geschichte und Aktivismus sind, als antisemitisch ein, wie zum Beispiel „Bezüge zur BDS-Kampagne und zum ‚Rückkehrrecht‘ für sogenannte palästinensische Flüchtlinge“.¹⁰¹ Dies stellt für RIAS antisemitische Sprache dar, weil

97 „RIAS Berlin erfasst zudem auch proaktiv Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Das umfasst Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Dieses Monitoring betrifft jedes Jahr zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall des Typs verletzendes Verhalten registriert“. Siehe RIAS Berlin Jahresbericht 2021, S. 11.

98 Palästina Spricht, Über uns.

99 Mobilisierungen, S. 35.

100 RIAS-Chronik, 20.05.2021, 09.06.2021, 23.07.2021.

101 RIAS Bayern Jahresbericht 2021, S. 32.

die Durchsetzung des sogenannten Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge wiederum praktisch nicht umsetzbar ist, ohne Israel als jüdischen Staat abzuschaffen. Vor dem Hintergrund der historischen Verfolgung von Jüdinnen und Juden und des weiterhin weltweit fortbestehenden Antisemitismus, insbesondere auch in den arabischen Nachbarländern Israels, ist es jedoch notwendig, dass ein jüdischer Souverän existiert – denn Jüdinnen und Juden konnten sich nie auf den

Schutz nichtjüdischer staatlicher Obrigkeit verlassen bzw. wurden von dieser verfolgt.¹⁰²

102 „From the river to the sea“ – Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021, S. 44.

Jede Erwähnung des „sogenannten“ Rückkehrrechts für „sogenannte“ palästinensische Flüchtlinge wird daher als antisemitisch eingestuft. Das betrifft auch nationale Symbole: Wie bereits gezeigt, ist es auch antisemitisch, wenn Palästinenser*innen die Karte von Israel-Palästina so zeichnen, wie es Israelis tun, und sie anhand ihrer eigenen nationalen Geschichte beschriften. Das gilt auch für Transparente mit historischen Karten des immer kleiner werdenden palästinensischen Gebiets. Laut RIAS verzerrt diese Darstellung absichtlich die Realität und erweckt den Eindruck, dass „Palästina schrumpfe und Israel sich immer weiter ausdehne“, was bedeuten würde, dass Israel daran schuld, also ein illegitimer und kolonialer Staat sei – eine Behauptung, die wiederum als antisemitisch gilt.¹⁰³

103 From the river to the sea, S. 55.

Auch die Cartoonfigur Handala, ein ikonisches Symbol der kollektiven palästinensischen Identität, ist laut RIAS antisemitisch. Wenn nur eine Person ein T-Shirt mit ihrer Abbildung trägt, kann die gesamte Veranstaltung von RIAS als antisemitisch eingestuft werden.¹⁰⁴ Das gleiche gilt für Bilder von Schlüsseln, da sie ein Verweis auf das Rückkehrrecht sein könnten.¹⁰⁵

104 RIAS-Chronik, 22.05.2021, 10.07.2020.

105 RIAS-Chronik, 22.05.2021.



← Graffiti einer palästinensischen Fahne am Hermannplatz in Berlin. Oren Ziv 2022.

Auch der Slogan „We can’t breathe since 1948“ ist laut RIAS antisemitisch, denn mit ihm wird „die ganze Existenz Israels seit seiner Gründung mit dem Mord an dem Afroamerikaner George Floyd durch einen US-amerikanischen Polizisten gleichgesetzt und als rassistisch delegitimiert“.¹⁰⁶ Jede Erwähnung von BDS auf Demonstrationen, vor allem, wenn sie als Unterstützung der Bewegung zu deuten ist, wird als antisemitisch eingestuft.¹⁰⁷ Eine private Twitter-Konversation, in der ein Nutzer äußerte, die Deutschen hätten eine besondere Verantwortung, das wiedergutzumachen, „was die zionistische Bewegung und später der israelische Staat den Palästinensern angetan haben“, gilt ebenfalls als antisemitischer Vorfall.¹⁰⁸

106 RIAS-Chronik, 11.05.2021.

107 From the river to the sea, S. 45.

108 RIAS-Chronik, 21.06.2019.

Tatsächlich hat RIAS Bayern jede von ihr beobachtete Demonstration zu Israel-Palästina im Frühling 2021, also einer Phase großer Unruhen auf beiden Seiten der Grünen Linie, als antisemitisch eingestuft.¹⁰⁹

109 [From the river to the sea](#), S. 5.

Neben diesen Protestformen und Manifestationen palästinensischer nationaler Identität versucht RIAS, allgemeine Begriffe herauszuarbeiten, die, obwohl „für sich genommen nicht notwendigerweise antisemitisch“, oft in antisemitischen Äußerungen auftauchen oder in bestimmten Kontexten „eine antisemitische Bedeutung erlangen“. Ein Beispiel dafür ist die Al-Aqsa-Moschee, der drittheiligste Ort im Islam. RIAS beschreibt sie als „Bezugspunkt für viele, gerade muslimische Palästinenser:innen im Allgemeinen, aber auch für Terroristen“.¹¹⁰

110 [From the river to the sea](#), S. 40.

Die Bezeichnung aller Ausdrucksformen palästinensischen Protests als antisemitisch hat eine klare und direkte Auswirkung auf die Wahrnehmung der Palästinenser*innen in der deutschen Gesellschaft. Das lässt sich an einem Vorfall aus dem Jahr 2019 ablesen, bei dem ein deutscher Mann in einem Zug das Wort „Palästina“ in einem Gespräch am Nebentisch aufschnappte. Der offensichtlich entrüstete Deutsche [tweetete](#): „wenn im zug am nachbartisch die leute anfangen, ohne jeden grund auf ‚palästina‘ als thema zu sprechen kommen, ist es wahlweise zeit, auszusteigen, kopfhörer aufzusetzen oder sie anzuschreien. #antisemitismus“.

Bei diesem Mann handelte es sich um Prof. Dr. Samuel Salzborn, der kurze Zeit später zum Berliner Antisemitismusbeauftragten ernannt wurde. Er unterhält in seiner Funktion weiterhin enge Beziehungen zu RIAS.

Ein geheimes Dossier

Am Abend des 1. November 2019 erhielt die Wissenschaftlerin der Critical Race Theory Dr. Anna-Esther Younes einen Anruf. Sie bereite gerade ihren Beitrag für ein Panel auf einer [kleinen Konferenz](#) der Berliner Linkspartei unter dem Titel „Strategien gegen Rechts – dem Rassismus auf der Straße, im Betrieb und im Parlament entgegentreten!“ vor, das am nächsten Morgen stattfinden sollte. Zu der Konferenz war sie einige Wochen zuvor als Sprecherin eingeladen worden.

Am Apparat teilte ihr ein Mitarbeiter der Veranstalter mit, dass es „ihm leid tue, aber dass ich nicht an dem Panel teilnehmen könne. Es gebe ein paar Probleme wegen meinem ‚Palästinazeug‘“, erinnert sich Younes.¹¹¹ „Es war alles sehr undurchsichtig. Ich war enttäuscht, dass ich meinen Bericht zu Islamophobie nicht vorstellen konnte, aber ich habe auch nicht weiter darüber nachgedacht, weil das so häufig passiert“.

111 Telefoninterview mit dem Verfasser, Mai 2022.

Tatsächlich war es nicht das erste Mal, dass sie kurz vor einer Veranstaltung wieder eingeladen worden war. Aber diesmal enthüllte eine ungewöhnliche Folge von Ereignissen, wie es zu dieser Intervention gekommen war – und als der Vorhang gelüftet wurde, erwies sich RIAS als zentrale Akteurin hinter den Kulissen.

Die Konferenz über „Strategien gegen Rechts“ fand wie geplant statt. Katina Schubert, Landesvorsitzende der Berliner Linken, erklärte vor den anwesenden Teilnehmer*innen, dass Younes eingeladen worden sei, weil sie „dem BDS nahesteht“. Schubert erinnerte das Publikum an den Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland 1933 und an den brutalen Anschlag auf die Synagoge in Halle durch einen Rechtsextremisten im vorherigen Monat. Sie schloss mit der

Bekräftigung, dass „Antisemitismus für uns eine der schlimmsten Bedrohungen ist, die wir hier haben [...] und deswegen dürfen wir da überhaupt keine Ungenauigkeit zulassen, überhaupt keine. Deswegen [...] kann der BDS nicht Bündnispartner sein“.¹¹²

112 Der Verfasser konnte ein Video der Veranstaltung sichten.

Einige Wochen später erhielt Younes eine Akte von einer anonymen Quelle. Die Kopfzeile des Dokuments lautete: „Dieses Papier dient Ihrer Information und darf nicht veröffentlicht werden. Sollten Sie Passagen daraus zitieren und/oder in Veröffentlichung verwenden wollen, setzen Sie sich bitte mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin oder der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin in Verbindung“.¹¹³

113 MBR ist die Schwesterorganisation von RIAS Berlin, deren Träger ebenfalls der VDK ist. Vor der Auftrennung der Projekte arbeitete Steinitz bei der MBR.

Younes war überrascht, in der Akte eine kurze Beschreibung ihrer Person mit Details aus ihrem persönlichen und beruflichen Leben zu finden, die ihre Ausladung von der Konferenz rechtfertigen sollten. Die Akte war Katina Schubert am 1. November, einen Tag vor der Konferenz, zugeschickt worden. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie vermutlich schon einen Anruf ihrer alten Freundin Bianca Klose erhalten, der Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR), einer Schwesterorganisation von RIAS. Klose erklärte ihr den Fall wohl erst telefonisch, dann folgte das Dossier. Nach der Lektüre beschloss Schubert auf der Stelle, Younes auszuladen.¹¹⁴

114 So beschrieb Katina Schubert bei einem Treffen am 12.02.2019 in ihrem Büro selbst die Ereignisse. Anwesend waren Anna-Esther Younes und ihr Anwalt Armin Grimm. Diese Beschreibung basiert auf einem Gedächtnisprotokoll, das beide unmittelbar nach dem Treffen verfasst haben.

Bei einem Treffen einen Monat später soll Schubert zu Younes und ihrem Anwalt Armin Grimm gesagt haben, es sei normal, wenn Organisationen wie RIAS und MBR solche Dossiers verschicken. Dafür würden sie schließlich bezahlt: um Andere auf Dinge dieser Art hinzuweisen.¹¹⁵

115 Ebd.

Das Dossier nimmt zwar direkten Bezug auf die Konferenz, enthält aber keine klare Handlungsempfehlung und bleibt im Ton sachlich. Trotzdem lässt das dreiseitige Dokument über Younes keinen Zweifel daran, was es bezwecken sollte.

Younes wird als „Tochter eines Palästinensers“ eingeführt, die von der „US-amerikanischen Philosophin Judith Butler unterstützt“ werde. Diese Details stammen aus einem alten Zeitungsartikel. (Judith Butler gehörte Younes’ Promotionsausschuss an.) Das Dokument merkt weiter an, dass Younes im Jahr 2010 „einen Text über die Frauenbewegung der Hamas [veröffentlicht hat]. Dabei legitimiert sie die Hamas sowie den Sexismus innerhalb dieser Organisation“.

Es folgt ein kurzer Text auf Englisch aus der Einleitung zu Younes’ Aufsatz „A gendered movement for liberation: Hamas’s women’s movement and nation-building in contemporary Palestine“, der in der Peer-Review-Fachzeitschrift *Contemporary Arab Affairs* der University of California Press veröffentlicht wurde.

Das Dossier bezieht sich auch auf eine Unterschriftenliste in Solidarität mit Palästinenser*innen, die Younes 2014 zusammen mit vielen Israelis und Mitgliedern der Linkspartei unterzeichnet hat. Im selben Jahr postete Younes auf Facebook ein Graffiti mit „Boycott Apartheid Israel“. Das ist der aussagekräftigste Beweis für eine BDS-Unterstützung, den RIAS finden konnte.

Dieses Vorgehen wirft Fragen zur Arbeitsweise einer Organisation auf, deren Hauptaufgabe es ist, antisemitische Vorfälle zu erfassen. „Es besteht wohl ein freundschaftlicher Kontakt zu ihrer [Rasmea Odehs] Anwältin“, wird im Dossier vermerkt. Odeh – nicht die Anwältin – ist ein Mitglied der PFLP, die 1970 wegen Beteiligung an zwei Terroranschlägen in Jerusalem verurteilt wurde.

Wie überwacht RIAS „freundschaftlichen Kontakt“ zu einer Anwältin, und wie entscheidet diese Organisation, wen sie überhaupt überwacht?

Younes nahm Kontakt zum European Legal Support Center (ELSC) auf. Die Organisation bietet Gruppen und Einzelpersonen, die sich für Rechte von Palästinenser*innen einsetzen, juristischen Beistand. Zusammen mit Younes' Anwalt Armin Grimm beantragten sie auf Grundlage der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) Einsicht in die über sie gesammelten Informationen.

RIAS verweigerte die Einsichtserlaubnis. Younes legte Einspruch bei der Berliner Datenschutzbehörde ein, wo sich der Fall fast zwei Jahre lang hinschleppte. Er wurde im Mai 2022 beigelegt, nachdem Younes und ihr Team den Fall in einem Unterstützer*innenbrief, der von 500 Wissenschaftler*innen, Künstler*innen, und Aktivist*innen unterzeichnet wurde, öffentlich machten. Schließlich schickte RIAS Younes das Dossier und räumte ein, es verfasst zu haben.

Im Juni 2022 entschied die Datenschutzbehörde, dass sich RIAS nicht auf journalistische oder akademische Datenschutzausnahmen berufen kann und alle Daten, die sie über Younes gesammelt hat, weitergeben muss. Inzwischen haben andere Personen ebenfalls Einsicht in ihre eigenen Akten beantragt. Bei Redaktionsschluss hat bereits eine weitere Person auf diese Weise herausgefunden, dass RIAS ein Dossier über sie angelegt hat. Auch sie hat einen palästinensischen Hintergrund.

6 Verfestigte Narrative

Die Kehrseite einer Auffassung von israelbezogenem Antisemitismus, die palästinische Narrative per se delegitimiert, ist die Förderung eines rechtsgerichteten Narrativs, das die israelische Siedlungspolitik unterstützt. Das folgende Kapitel beleuchtet, wie RIAS diese politische Parteilichkeit in ihren Publikationen und durch Teilnahme an politischen Debatten auch öffentlich vertritt. Dazu werden zahlreiche irreführende „Erklärungen“ von RIAS zum Ursprung des Konflikts, zu historischen Entwicklungen und zu aktuellen Dynamiken untersucht, die allesamt sehr nah an rechter Propaganda in Israel sind.

RIAS vertritt teils sehr spezifische Positionen zu einer Reihe von strittigen Fragen zu Israel-Palästina. Obwohl diese Positionen oft gar nichts mit Antisemitismus zu tun haben, werden sie nicht nur über die Beschreibung der in die Statistik aufgenommenen Vorfälle, sondern auch in diversen Veröffentlichungen von RIAS kommuniziert. Es wird nicht deutlich, für wen RIAS eigentlich spricht, wenn sie diese Positionen einnimmt oder verbreitet oder warum sie überhaupt Teil ihrer Arbeit sind.

Ein Beispiel hierfür ist die Sonderveröffentlichung „From the river to the sea“ – Israelbezogener Antisemitismus in Bayern 2021 von RIAS. Die 80-seitige Broschüre enthält mehrere Kapitel, die sich an „Anfänger“ in Bezug auf Geschichte und Politik des Nahen Ostens richten, und sie befasst sich mit Demonstrationen in Bayern gegen die Gewalteskalation im Gazastreifen im Mai/Juni 2021 (laut RIAS kamen auf jeder dieser Demonstrationen „antisemitische Inhalte“ vor). Ein Kapitel behandelt die Geschichte des Zionismus und die Beschaffenheit von Antizionismus (bei dem es sich für RIAS, wie schon erläutert, schlicht um eine Form von Antisemitismus handelt). Der Großteil der Veröffentlichung besteht allerdings aus einem Glossar mit Begriffen, Symbolen und Slogans, die von RIAS dokumentiert wurden und die in ihrer Gesamtheit israelbezogenen Antisemitismus definieren sollen.

Die Prämisse des gesamten Textes lautet: Kritik an Israel gefährdet den Schutz von Jüdinnen und Juden vor Antisemitismus, weswegen solche Kritik antisemitisch sei. Folgendes Argument taucht wiederholt im Bericht auf:

Wird Israel kritisiert, steht immer auch dieser Schutz vor Antisemitismus in der Kritik – ganz gleich, ob die Aussagen konkret antisemitisch sind oder nicht. Wird gar das Ende Israels als jüdischer Staat gefordert, hat

das zur Konsequenz, Juden und Jüdinnen dem Antisemitismus schutzlos auszuliefern. Wer dies befürwortet, nimmt den Tod von Jüdinnen und Juden in Kauf.

Die historischen Abschnitte der Broschüre beinhalten eine kurze Geschichte des Konflikts aus zionistischer Perspektive. So beginnt die Geschichte mit den ersten jüdischen Siedler*innen im späten 19. Jahrhundert, geht weiter über den „Unabhängigkeitskrieg“ 1948 und den Sechstagekrieg 1967 bis zum Oslo-Friedensprozess in den 1990ern, für dessen Scheitern vor allem die Palästinenser*innen verantwortlich gemacht werden – ein weiteres Hauptmotiv in der Broschüre.

Dieser vereinfachte und stark revisionistische, historische Abriss richtet sich vermutlich an Leser*innen ohne Vorkenntnisse. Das abwegigste Kapitel der Veröffentlichung betrifft die Situation im Westjordanland. So beschreibt RIAS unter der Überschrift „Apartheid“ das ethnisch geteilte duale Rechtssystem in den besetzten Gebieten folgendermaßen:

Die palästinensischen Bewohner:innen des Westjordanlandes sowie des Gazastreifens besitzen aus komplexen historischen Gründen keine israelische Staatsbürgerschaft. Insbesondere in den Teilen der Westbank, die israelisch kontrolliert sind, unterliegen sie einem anderen Recht als Israelis. Auch Weigerungen der palästinensischen Seite, Angebote für einen Staat Palästina anzunehmen, sind ein Grund dafür, dass große Teile des Westjordanlandes nach wie vor unter israelischer Kontrolle stehen. Auch hier kann aber keinesfalls von Apartheid gesprochen werden: Es ist das Wesen jedes Nationalstaates, dass Menschen ohne die entsprechende Staatsbürgerschaft andere Rechte haben als die Staatsbürger:innen des Landes.

Die Palästinenser*innen tragen nicht nur Schuld an der Besatzung, sondern auch an dem Bau von Siedlungen:

Dass es heute teilweise große israelische Siedlungen im Westjordanland gibt, ist keine Folge einer „kolonialen“ Politik des Staates Israel, sondern ergab sich insbesondere aus innen- und sicherheitspolitischen israelischen Gegebenheiten sowie aus der dominanten palästinensischen bzw. früher jordanischen Position der vergangenen rund 50 Jahre, die eine wirkliche Lösung nach dem Motto „Land für Frieden“ verhinderte.

Auch andere komplizierte Themen werden so abgetan. Durch die Checkpoints des israelischen Militärs „kommt es auch zu Ungleichbehandlungen“, was aber „mit Blick auf Grenzkontrollen im Allgemeinen wenig verwunderlich“ sei. Über Sheikh Jarrah, den Bezirk im besetzten Ostjerusalem, in dem rechte Siedlergruppen schon lange versuchen, palästinensische Familien aus ihren Wohnungen zu vertreiben, merkt RIAS an, dass die Situation zwar „komplex“ sei, einige Palästinenser*innen aber immer noch in den Häusern wohnen würden, die jetzt den Siedlergruppen gehören, „und bislang nie Miete entrichtet haben“.

Eine ausführliche Widerlegung der historischen Behauptungen in dem Bericht von RIAS ist hier nicht notwendig, dafür gibt es ausreichend wissenschaftliche und journalistische Arbeiten.¹¹⁶ Hier soll die Feststellung reichen, dass diese Narrative nichts anderes als Argumente der Siedlerbewegung sind und in der Arbeit einer Organisation zur Erfassung von Antisemitismus in Deutschland nichts verloren haben.

¹¹⁶ Siehe z. B.: Idith Zertal und Akiva Eldar, *Lords of the Land: The War for Israel's Settlements in the Occupied Territories, 1967-2007*, Nation Books: New York, 2007; Michael Sfard, *The Wall and the Gate: Israel, Palestine, and the Legal Battle for Human Rights*, Metropolitan Books: New York, 2018; Rashid Khalidi, *The Iron Cage: The Story of the Palestinian Struggle for Statehood*, Beacon Press: Boston, 2006. Zur Situation in Sheikh Jarrah siehe das juristische Memorandum [The Absentee Property Law and its Application to East Jerusalem](#) des Norwegian Refugee Council.

Eine Handreichung für alle Kriege

In der Broschüre finden sich auch diverse politische Verlautbarungen zu aktuellen Ereignissen, zur Politikgestaltung und zu diplomatischen Themen. Auch sie ähneln stark den offiziellen Positionen der israelischen Regierung und stehen teils im klaren Widerspruch zu jenen der Bundesregierung. Eine kleine Auswahl:

- / Das ursprüngliche Atomabkommen mit dem Iran (JCPOA) von 2015 „trägt eher dazu bei, dem iranischen Regime die Bombe zu ermöglichen, als sie zu verhindern“.
- / Die zahlreichen UN-Resolutionen, die Israel verurteilen, lassen sich „nur mit einer antijüdischen Obsession“ erklären.
- / Jerusalem nicht als Israels Hauptstadt anzuerkennen, ist Ausdruck von „Antizionismus und israelfeindlicher Politik“.
- / Die gesteigerte Aufmerksamkeit, die der Konflikt erhält, „liegt im antiisraelischen und antisemitischen Ressentiment“ statt in der Sorge um die Rechte von Palästinenser*innen begründet.
- / Das Rückkehrrecht ist gefährlich für Israel und wird „keineswegs völkerrechtlich verbrieft“ und durch keine UN-Resolution garantiert.

Mit der Veröffentlichung sollen Laien Argumente an die Hand gegeben werden, mit denen sich alle vergangenen und zukünftigen militärischen Eskalationen erklären lassen. Gleichzeitig wird die Berichterstattung zu diesen Eskalationen und jede diplomatische Reaktion, die Israel nicht vollständig unterstützt, kritisiert. Es seien Israels Feinde, die diese Eskalationen regelmäßig in Gang setzen, so RIAS. Wegen der massiven Raketenangriffe auf die eigene Zivilbevölkerung sei Israel gezwungen zu reagieren. Wenn israelische Sicherheitskräfte sich Zugang zur Al-Aqsa-Moschee verschaffen, dann ist das laut RIAS ebenfalls die Schuld der Palästinenser*innen, weil sie das Gebäude als Rückzugsort bei Auseinandersetzungen nutzen.

Darüber hinaus beklagt RIAS bei der Medienberichterstattung über den Konflikt einen schädlichen „äquidistanten“ Ansatz, der Israels Handlungen unfair und ungenau darstelle. Eine ausgewogene Berichterstattung ist für RIAS somit offenbar „antiisraelisch“. Die Aufforderung an „beide Seiten“, ihre Angriffe einzustellen, wird als antizionistisch ausgelegt (was gemäß RIAS's Untersuchung antisemitisch sei). Zum Beweis zitiert RIAS eine Instagram-Story der *Tagesschau*, in der es heißt, dass „Israel und Gaza sich beschießen“. Das mag „technisch gesehen zutreffen“, aber die Formulierung

verschweigt doch Wesentliches, nämlich die Motivationen und Ziele des Beschusses: Während aus dem Gazastreifen islamistische

Terrororganisationen Raketen auf zivile israelische Infrastruktur – also Wohngebiete, Kindergärten, Krankenhäuser – schießen, nimmt Israel im Gazastreifen gezielt die terroristische Infrastruktur, von der diese Angriffe ausgehen, ins Visier.

Politische Interventionen

RIAS zögert nicht, auch israelische Aktivist*innen des Antisemitismus zu beschuldigen, wenn sie beispielsweise gegen die Politik ihres Heimatstaates demonstrieren.

Ein Beispiel dafür sind Proteste gegen eine israelische Veranstaltung am 7. September 2019 in Berlin. RIAS erfasste den Vorfall als „Störung des Seret Filmfestivals“. Einige israelische Aktivist*innen unterbrachen die Fragerunde nach einer Filmvorführung, indem sie aufstanden, sich an das Publikum wandten, Israel als Apartheidstaat bezeichneten, ein Transparent zeigten, Flugblätter in die Luft warfen und die Namen von palästinensischen Opfern israelischer Gewalt vorlasen.¹¹⁷

Wie üblich stufte RIAS die Verwendung des Begriffs „Apartheid“ als antisemitisch ein, ebenso wie die BDS-Zugehörigkeit einiger Aktivist*innen. Doch der Kontext ist hier ein sehr spezieller: Die Veranstaltung wurde von der israelischen Regierung gesponsert, die Protestierenden waren Israelis, die Podiumsgäste sowie die Veranstalter*innen waren Israelis und ein erheblicher Teil des Publikums, so legt das Videomaterial nah, ebenfalls. Als die Veranstalter*innen, die Aktivist*innen und das Publikum begannen, sich gegenseitig anzuschreiben, wechselten sie ins Hebräische.

Die Aktivist*innen erklärten während der Aktion, sie betrachteten das Festival als ein Propagandawerkzeug der israelischen Regierung, mit dem die Besatzung und die repressive Politik Israels beschönigt und normalisiert werden sollen. Doch nicht nur sie allein verstanden das Festival als Teil eines politischen Kampfs um Israels guten Ruf. Seret wurde nicht nur vom israelischen Außenministerium gefördert, sondern auch vom Ministerium für strategische Angelegenheiten (MSA),¹¹⁸ dessen erklärtes Ziel die Abwehr von Kritik an der Besatzung ist.

117 Eine Dokumentation der Ereignisse findet sich auf der Website von BDS Deutschland.

118 2020 wurde Seret vom MSA mit 47.193 NIS (ca. 13.000 Euro) gefördert. Siehe: Public Knowledge Workshop. Das Ministerium wurde 2021 geschlossen und Ende 2022 wieder eröffnet.



← Eine Mahnwache gegen das israelische Filmfestival Seret 2016 in Berlin. Auf dem Schild steht auf Hebräisch „Festivals in Berlin, Massaker in Gaza“. Anne Paq

Eine ausführliche Recherche des israelischen Medien-Monitors [The Seventh Eye](#) hat enthüllt, dass das MSA seit Jahren „eine internationale Kampagne gegen die von ihm wahrgenommene ‚Delegitimierung‘ des Staates Israel anführt. Dieses Projekt besteht zu großen Teilen darin, NGOs und Journalist*innen zu finanzieren und im Kampf gegen BDS anzuleiten“.

Die Recherche führt weiter aus, das MSA habe „ein ‚Netzwerk‘ aus nationalen und internationalen Organisationen gegründet, um seine Ziele durchzusetzen“, in der Hoffnung, es wäre effektiver, wenn Positionen von „Einzelpersonen und Institutionen vertreten werden, die in der Wahrnehmung keine Verbindung zum Staat [Israel]“ haben, statt über „offizielle Regierungspropaganda“. Auch [andere Medien](#) haben Beweise gefunden, dass das Ministerium versucht, NGOs zu „steuern“ und heimlich Israels Interessen durch nichtstaatliche Akteure zu vertreten, selbst durch Zeitungen wie die *Jerusalem Post*.

Obwohl die politische Agenda hinter dem Seret-Filmfestival schon aufgrund der Geldgeber klar ist, verschleierte RIAS die politische Agenda der Veranstaltung, indem sie den Protestierenden Antisemitismus vorwarf und damit jede Diskussion über die Agenda als illegitim darstellte.

RIAS hat auch selbst an Veranstaltungen teilgenommen, die die Politik der israelischen Regierung unterstützen. So moderierte RIAS-Geschäftsführer Benjamin Steinitz im Jahr 2018 ein Panel auf dem [Israelkongress](#) zum Thema „Der Kampf gegen alle Aspekte von BDS auf dem Campus und im Alltag“. Beim Israelkongress handelt es sich um die größte Zusammenkunft von selbsterklärten „pro-israelischen“ Organisationen in Deutschland. Er wird vom Frankfurter Verein *I Like Israel e.V.* ausgerichtet, der ebenfalls vom MSA finanziert worden ist.¹¹⁹ Zusammen mit zahlreichen anderen jüdischen und nichtjüdischen Organisationen, von denen einige das klare Mandat haben, die Interessen der israelischen Regierung zu vertreten, war RIAS Partnerin des Kongresses.¹²⁰

119 2020 zahlte das MSA der Organisation 169,095 NIS (47,200 Euro). [Public Knowledge Workshop](#).

120 Vollständige Liste: Website des [Israel Kongress](#).

Einer der Gäste des [BDS-Panels](#) war Tzachi Gavrieli (von Steinitz als „unser Kollege Tzachi“ vorgestellt), damals der stellvertretende Generaldirektor des MSA. In einer kurzen Präsentation zur israelischen „Nationalen Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Delegitimierung“ referierte er über „den Feind“ mit seinen Täuschungsmanövern und spinnennetzartigen Verbindungen.

In der Präsentation wurden [auf einer der Folien](#) zwei Bilder gegenübergestellt: auf der einen Seite ein Bild der Musikerin Lauryn Hill mit der Beschriftung „Kulturelles Schlachtfeld: Ms. Lauryn Hill sagt Konzert in Israel ab“; auf der anderen Seite ein Foto eines ausgebrannten Busses nach einem tödlichen Selbstmordanschlag aus den frühen 2000ern, das mit „Reales Schlachtfeld“ beschriftet ist. [Eine andere Folie](#) zeigt „Das Hassnetzwerk“, bei dem die deutsch-jüdische Organisation „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ als Teil eines verschlungenen Netzes dargestellt wird, das schließlich zur Hamas führt.

Es überrascht nicht, wie eingehend sich das MSA mit israelbezogenem Antisemitismus beschäftigt. Viele Termine im Kalender der leitenden Funktionäre des Ministeriums drehen sich um Themen wie „Sichtung von Antisemitismusbericht“, „Präsentation zu Antisemitismus“ und sogar „Treffen zur Kampagne Antisemitismusbericht, digital und PR“. Vertreter*innen des

Ministeriums trafen sich auch mit dem Frankfurter Politiker Uwe Becker kurz vor seiner Ernennung zum Antisemitismusbeauftragten von Hessen.¹²¹

Bei Veranstaltungen wie dem Israelkongress scheint RIAS kein Problem mit offener Staatspropaganda zu haben. Bei Fällen wie dem Seret-Filmfestival scheint es RIAS hingegen ein Anliegen zu sein, selbst Israelis Antisemitismus vorzuwerfen, wenn diese gegen ihre eigene Regierung protestieren. Solche Interventionen sind subtil, aber vielsagend. All jene, denen etwas an „politisch unabhängiger Dokumentation und Analyse von antisemitischen Vorfällen“ liegt, wie es RIAS selbst verspricht, sollten zutiefst besorgt sein.

121 Der Terminkalender wurde nach einem Antrag auf Akteneinsicht veröffentlicht.

Fazit

In den vergangenen zehn Jahren hat die Bundesrepublik viele geflüchtete Menschen aufgenommen, was eine starke nationalistische Gegenreaktion zur Folge hatte. Vor diesem Hintergrund hat sich die öffentliche Debatte über Antisemitismus dramatisch verlagert. Obwohl [Polizeistatistiken](#) seit 2011 klar aufzeigen, dass Antisemitismus nach wie vor hauptsächlich von Rechtsextremen ausgeht, drehen sich Antisemitismuskussionen immer mehr vor allem um Kritik am israelischen Staat und an seiner Besatzungspolitik, um sogenannte „Israelkritik“, von der behauptet wird, dass sie die Grenze zur Feindseligkeit gegen Jüdinnen und Juden überschreite.

In diesem Kontext werden – neben Menschenrechtsorganisationen, Linken und internationalen Künstler*innen und Akademiker*innen, die Israel boykottieren – muslimische Menschen zu unmittelbaren Verdächtigen gemacht, insbesondere Geflüchtete und Migrant*innen aus dem arabischen Raum. In Bezug auf deren Herkunft sprach Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, von „intoleranten“ Kulturen, denen der „[Hass auf Juden](#)“ inhärent sei.

Es war die zunehmende Besorgnis um das, was deutsche Politiker*innen mitunter „[importierten Antisemitismus](#)“ nennen – wie er z. B. in migrantischen Demonstrationen gegen israelische Militäreinsätze zu beobachten war, was 2014 den Anstoß für die Gründung von RIAS gab. RIAS hat seitdem die Diskussion um den Kampf „gegen jeden Antisemitismus“¹²² – und diese Formulierung meint vor allem den „israelbezogenen“ – selbst aktiv gestaltet. Dafür wurden Entscheidungsträger*innen mit Informationen versorgt und die Institutionalisierung des Kampfes gegen Antisemitismus auf allen Regierungsebenen vorangetrieben. In den letzten vier Jahren wurden mindestens 59 „Antisemitismusbeauftragte“ auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene sowie bei der Polizei und Staatsanwaltschaft ernannt.¹²³ Viele von ihnen arbeiten auf der Grundlage der Einschätzungen und Informationen, die ihnen RIAS zukommen lässt.

Wie dieser Bericht gezeigt hat, bedarf es dringend der öffentlichen, evidenzbasierten und wissenschaftlichen Kritik an den Arbeitsprinzipien und Methoden von RIAS und der Darstellung ihrer Statistiken, Fallstudien und Einschätzungen. Tag für Tag wird deutlicher, wie mit Hilfe der Arbeit von RIAS legitime politische Sprechakte zum Schweigen gebracht und Grundrechte bedroht werden können. Ein Beispiel ist der Nakba-Tag in Berlin: Nach [einigen](#)

122 Siehe das Vorwort von Josef Schuster zum [Jahresbericht 2021 von RIAS Bayern](#).

123 Nach aktueller Zählung (Stand Mai 2023): Neben dem Bundesbeauftragten Felix Klein arbeiten 15 Beauftragte auf Landesebene und mindestens acht auf Kommunalebene (in Bamberg, Münster und verschiedenen Bezirken von Berlin). Die Berliner und die Bayrische Polizei stellen je einen Beauftragten, während Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg „Polizeirabbiner“ unterhalten, die Bildungsarbeit zu Antisemitismus leisten. Die Staatsanwaltschaften in Bayern und Baden-Württemberg haben je zwei Beauftragte, Thüringen und Hessen einen. In Nordrhein-Westfalen arbeiten 22 Beauftragte im Justizministerium zu Antisemitismus. Auch im Kulturstatsministerium gibt es eine Antisemitismusbeauftragte. Einige dieser Beauftragten erledigen noch andere Verpflichtungen und Aufgaben, manche leiten eigene Büros und einen Mitarbeiter*innenstab. In einem [aktuellen Artikel](#) im jüdisch-amerikanischen Magazin *Jewish Currents* werden einige von ihnen porträtiert und interviewt.

Fällen antijüdischer Äußerungen von Einzelpersonen auf pro-palästinensischen Veranstaltungen hat die Berliner Polizei im Jahr 2023 zum zweiten Mal in Folge nahezu alle Demonstrationen zur Erinnerung an die Nakba am 15. Mai untersagt. Human Rights Watch hat diese Entscheidung als „extreme Einschränkung, die einer Kollektivstrafe gleichkommt“ **verurteilt**.

In der Antwort auf eine **parlamentarische Anfrage** zum Thema Anfang Mai 2023 verwies die Berliner Landesregierung auf Daten von RIAS, die eine „Häufung antisemitischer Vorfälle [...] bei konflikthafter politischen Ereignissen in Israel“ zeigen würden. Die Statistiken von RIAS Berlin zeigten auch, so die Verwaltung, „dass die Entwicklung und Verbreitung von israelbezogenem Antisemitismus in Berlin seit Jahren auf einem hohen Niveau verbleibt“.

Diese Einschätzung stammt vom Berliner Antisemitismusbeauftragten Samuel Salzborn und bezieht sich auf eine Analyse von RIAS, die erklärt, wie „bestimmte historische Jahrestage [...] die Gelegenheitsstruktur“ für Antisemitismus darstellen. In einem **Interview** verteidigte Salzborn die Verbote von Demonstrationen und behauptete, palästinensische Stimmen würden in Deutschland nicht unterdrückt, sondern es sei lediglich Antisemitismus untersagt. „Wenn solche Kundgebungen nicht antiisraelisch und antisemitisch wären, sondern wirklich pro-palästinensisch, dann wäre die Sachlage eine andere“, so Salzborn. „Aber das würde zum Beispiel auch bedeuten, gegen den Terror der Hamas oder deren totalitäre Politik zu demonstrieren. Das würde den Palästinensern sehr viel mehr nutzen, als sich falschen Schuldzuweisungen [gegen Israel] anzuschließen“.

Einen Tag vor diesem Interview veröffentlichte RIAS Berlin ihren **Jahresbericht**. Unter der **Überschrift** „Kein Rückgang antisemitischer Gewalt in Berlin 2022“ behauptete die Organisation, im vergangenen Jahr 848 antisemitische Vorfälle in Berlin erfasst zu haben. Dass dies 20 Prozent weniger Vorfälle als im Vergleich zum Vorjahr waren, bot jedoch keinen Anlass zur Freude, da für 2022 immer noch 22 Gewaltvorfälle (im Vergleich zu 24 im Vorjahr) erfasst wurden. Über sechs der acht Vorfälle, die in dem Bericht detailliert beschrieben werden, war bereits in den Medien unmittelbar nach den Geschehnissen berichtet worden.¹²⁴ RIAS hatte zu diesen Vorfällen keine neuen Informationen hinzuzufügen.

¹²⁴ Siehe Berichte in verschiedenen Zeitungen vom 9.03.2022, 10.03.2022, 14.09.2022, 15.09.2022, 09.11.2022, 17.11.2022.

Ein **Artikel der Berliner Zeitung** über den Jahresbericht von RIAS trug den Titel „Antisemitismus: Wie gefährlich es ist, in Berlin mit einer Kippa unterwegs zu sein“ und betonte, dass jeden Tag „mindestens zwei antisemitische Vorfälle in Berlin erfasst werden“. Erst später wird im Text ersichtlich, dass 57 Prozent der Vorfälle sich online zugetragen haben und dass die Mehrzahl von ihnen (84 Prozent) sich nicht gegen Einzelpersonen richtete, sondern aus Kommentaren an (jüdische und nichtjüdische¹²⁵) Organisationen sowie „israelische Einrichtungen“ bestanden.

¹²⁵ Aus dem **Jahresbericht**: „Anfeindungen gegen Institutionen verzeichnete RIAS Berlin 2022 in 468 Vorfällen. In knapp 90 % dieser Vorfälle waren jüdische oder israelische Institutionen betroffen, die meisten Vorfälle ereigneten sich online“.

Im Bericht selbst gab RIAS an, im Mai 2022 weitaus weniger „israelbezogene“ antisemitische Vorfälle (42) erfasst zu haben als noch im Mai 2021 (155). RIAS erklärte diesen Rückgang so, dass im Vorjahr eine Gewalteskalation zwischen israelischen Streitkräften und Palästinenser*innen zu einer politischen Mobilisierung geführt habe. 2022 habe solch eine „Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle“ jedoch gefehlt.

Das ist für sich genommen eine bemerkenswerte Behauptung angesichts der zunehmenden Gewalt gegen Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten zu

dieser Zeit¹²⁶: erinnert sei nur an die Tötung der palästinensisch-amerikanischen Journalistin Shireen Abu Akleh von *Al-Jazeera* am 11. Mai 2022 als sichtbarstes Beispiel. Dass die Abnahme an Vorfällen in Berlin etwas mit dem Verbot pro-palästinensischer Demonstrationen zu tun haben könnte – Demonstrationen, die RIAS sehr wahrscheinlich als antisemitisch eingestuft hätte –, spielte als mögliche Erklärung keine Rolle.

RIAS hat stattdessen einen weiteren Bezugspunkt für antisemitische Vorfälle gefunden: den russischen Überfall auf die Ukraine und Israels Reaktion darauf – konkret Israels Zögern, sich den internationalen Sanktionen gegen Russland anzuschließen. Ein Beispiel für jenen angeblichen Antisemitismus, der RIAS bedeutsam genug erschien, um ihn in einer Pressemeldung zu erwähnen, war die folgende E-Mail, gerichtet an eine „israelische Einrichtung“ in Berlin am 4. November: „Ich bin empört, dass Sie Hilfe für die Ukrainer verweigern. Gerade Sie und Ihr Volk müssten doch wissen, was es heißt, ungerechter Gewalt hilflos ausgesetzt zu sein. Ihr Verhalten ist asozial“. Laut RIAS ist diese Äußerung, „in der von Jüdinnen_Juden oder Israel ein spezifisches Verhalten als Konsequenz aus der Schoa erwartet wurde“, antisemitisch.

Auch hier hat RIAS wieder konsequent jeglichen Kontext ausgespart, der eine eindeutige Einordnung untergraben könnte. Ganz ähnlich äußerte sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, selbst jüdisch, in seiner [Videobotschaft](#) an die Knesset, in der er den russischen Überfall mit dem Holocaust verglich und es als moralische Verpflichtung des jüdischen Volkes betrachtete, dass Israel sein Land militärisch unterstütze. Am Ende der Rede kritisierte Selenskyj die israelische Politik ganz offen: „Wir können uns weiterhin fragen, warum wir keine Waffen von euch bekommen. Oder warum Israel keine strengen Sanktionen gegen Russland erlassen hat. Warum es keinen Druck auf russische Unternehmen ausübt. Aber es liegt an euch, liebe Brüder und Schwestern, uns eine Antwort zu geben. Und mit dieser Antwort müsst ihr leben, das Volk Israels“.

Es bleibt die Frage, ob Selenskyjs Worte, wenn sie in Berlin gegenüber dem israelischen Botschafter ausgesprochen worden wären, ebenfalls Eingang in den Jahresbericht von RIAS gefunden hätten.

¹²⁶ Die Berliner Polizei schrieb in ihrer 15-seitigen Verbotserklärung gegen eine palästinensische Demonstration im Mai 2022, die noch vor der Tötung von Abu Akleh verschickt wurde, dass „die aktuelle Situation im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts mit der aus dem letzten Jahr vergleichbar ist und verfassungsfeindliche Akteure wieder emotionalisiert sind“. Verbotsbescheid der Berliner Polizei vom 12.05.2022. Eingesehen vom Verfasser.

Anhang

In der Tabelle sind die Förderung und Finanzierung von acht regionalen RIAS-Zweigstellen und des Bundesverbandes vor Mai 2022 zusammengefasst.

Organisation	Förderquelle	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Bundesverband	Bundesfamilienministerium ^a			130	161 ^b		358	472	450 ^c
	Antisemitismusbeauftragter der Bundesregierung					210	38	42	121
	Zentralrat der Juden in Deutschland					19	15	15	15
	Amadeu Antonio Stiftung*				?	?	?	?	?
	Lotto Stiftung Berlin								58 [†]
	Spenden*				?	?	?	?	?
RIAS Berlin	Senatsverwaltung für Justiz ^d	29	58	72	80	83	118	153	120
	Amadeu Antonio Stiftung*	?	?	?	?	?	?	?	?
RIAS Bayern	Staatsministerium für Familie					381	381	200	200 ^e
RIAS Brandenburg	Staatskanzlei ^f					2	68	82	
RIAS Thüringen	Staatskanzlei							120	150 [†]
RIAS Niedersachsen	Justizministerium						30	85	115 ^g
	Stadt Hannover						15	15	15
RIAS Saarland	Landesamt für Soziales							40	38
RIAS Nordrhein-Westfalen								98	168 ^h
RIAS Hessen									220

a Durch das Bundesprogramm Demokratie leben!

b Förderung 2017-18 durch die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST) an den Hauptförderer von RIAS Berlin VDK e.V. für die Entwicklung des Bundesverbandes RIAS.

c Die geforderte Summe 2022 (nicht final).

d Durch das Landesprogramm Demokratie. Vielfakt. Respekt.

e Förderung über zwei Jahre, 400.000 Euro für den Zeitraum 2021-22.

f Durch das Programm Tolerantes Brandenburg. RIAS Brandenburg war bis 2021 aktives Mitglied des RIAS-Netzwerkes.

g Das Land verwendet teilweise Bundesgelder aus dem Programm „Demokratie leben!“, um RIAS zu fördern: 50.000 Euro für 2021, 40.000 für 2022.

h Für die Entwicklung von RIAS wurden von August 2021 bis Juni 2022 266.000 Euro bereitgestellt.

* Wollte keine Angabe machen.

† Zum Zeitpunkt der Anfrage gab es noch keine endgültige Summe, daher: von RIAS beantragte Summe.